

# Eübeeter Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübeeter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Politzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66.

Diens'ag, den 19. März 1918.

25. Jahrg.

## Der großindustrielle Kampf gegen die Gemeinwirtschaft.

Von Max Quard.

Es ist viel wert, wenn die Deffentlichkeit weiß, welche Interessengruppen hinter sogenannten „großen Bewegungen“ stehen. Von den Drahtziehern kann man auf die Ziele schließen, die oft für solche Bewegungen nicht ganz offen angegeben werden. So klingt es gar verlockend für die vielen harmlosen im Kriegswirtschaftskampfe, daß der privatwirtschaftliche Kampf und die „Bewegungsfreiheit“ wieder an die Stelle „staatssozialistischer“ Grundsätze treten müßten, die die Kriegswirtschaft beherrscht hätten. Alle die Kleinen Existenzen, denen der Krieg schwer zusetzte, auch alle die mittleren Geschäfte, denen der Zentralismus und die Zentralkratie der Kriegswirtschaft erhebliche Schwierigkeiten machten, erhoffen vom Kampfe gegen die gemeinwirtschaftliche Organisation Rettung und Erleichterung für ihre sorgenvolle Zukunft. Da trifft es sich nun gut, daß uns zu willkommener Klärung der Sachlage nachfolgendes Werk beschreiben auf den Tisch fliegt, das der Zentralverband Deutscher Industrieller (vertraulich) hat ergehen lassen:

Zentralverband Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit.

Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 137.

Berlin, den 28. Februar 1918.

Rundschreiben. Vertraulich!

An die Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher Industrieller!

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat seit langem mit Belorgnis die Bestrebungen verfolgt, die auf eine allgemeine Sozialisierung unseres gesamten Erwerbslebens hinausgehen, und sich in Gemeinschaft mit dem Bunde der Industriellen in einer großen Rundgebung am 18. Oktober 1917 mit allem Nachdruck gegen die Uebertragung staatssozialistischer Tendenzen auf die Zeit der Uebergangs- und Friedenswirtschaft ausgesprochen. Die gleiche Stellung haben auch die Interessennetzwerke zahlreicher anderer Wirtschaftsgruppen eingenommen, und es ist mehrfach von den Vertretern der Reichsleitung wie der Einzelstaaten die Zusicherung gegeben worden, nach Beendigung des Kriegszustandes, sobald als möglich, die jetzt zwangsläufige Wirtschaft wieder in freie Bahnen zu leiten und die privatwirtschaftliche Tätigkeit wieder an die Stelle der Gemeinwirtschaft treten zu lassen. Gegen diese von der Industrie einmütig geforderte Wiederherstellung unserer bisherigen Wirtschaftsordnung sind indessen zahlreiche anderweitige Einflüsse tätig. (Vergl. aus der Industrie nächstehenden Kreise u. a. die kürzlich erschienene Schrift des Herrn Dr. Walter Rathenau: „Die neue Wirtschaft“, in welcher eine tiefgreifende Wirtschaftsumwälzung in der Richtung gefordert wird, daß in Zukunft die Wirtschaft im weitesten Maße nicht mehr Privatsache, sondern Sache der Gemeinwirtschaft sein soll.)

Es ist geboten, derartigen Neigungen zu einer weitgehenden Sozialisierung unseres Erwerbslebens mit ständiger Aufmerksamkeit und mit verstärktem Nachdruck entgegenzutreten. Der Zentralverband Deutscher Industrieller beabsichtigt, zu diesem Zwecke durch Wort und Schrift eine besondere Werbetätigkeit zu entfalten.

Da hierfür erhebliche, aus dem Rahmen der sonstigen Beiträge herausfallende Mittel erforderlich sind, richten wir die Bitte an Sie, sich mit einem größeren Betrage an den Kosten einer solchen Werbetätigkeit zu beteiligen und ihn auf das Sonderkonto „3“ des Zentralverbandes Deutscher Industrieller bei der Direktion der Diskontogesellschaft, Berlin W. 8, Unter den Linden 35, einzuzahlen. Ueber die Verwendungsart wird einem durch die Beitragsenden zu ernennenden Ausschusse besondere Rechnung gelegt werden.

Der Zentralverband behält sich vor, gegebenenfalls in dieser Angelegenheit mit anderen Wirtschaftsverbänden wegen eines gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu treten.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Zentralverband Deutscher Industrieller.  
Der Geschäftsführer: Dr. Schweighöffer.

Gar nichts wäre dagegen einzumenden, wenn der Zentralverband seine unüberwindliche Abneigung gegen jede Gemeinwirtschaft, die nach Möglichkeit Auswüchse der Ausbeutung und Profitwut abzuschneiden soll, offen wie in seiner Rundgebung vom Oktober 1917 betätigte. Das steht ihm durchaus zu Gesicht und entspricht seinen großkapitalistischen Monopolbestrebungen. Warum aber wendet er sich „vertraulich“ an seine Mitglieder wegen Herbeiführung größerer Beträge zu seiner Agitation? Weil die Deffentlichkeit über die Mittel, mit denen diese Agitation aufgepufft und nach bestimmten, dem Zentralverband angenehmen Richtungen geleitet wird, im unklaren bleiben soll. Die Bewegung gegen Gemeinwirtschaft soll als eine allgemeine Volkssache erscheinen, der der allgemeine Widerstand und die von allen Schichten geteilte Abneigung gegen das Wesen der Gemeinwirtschaft Kraft und Zähigkeit gibt. Dieser Eindruck würde sehr stark beeinträchtigt werden, wenn offenbar würde, daß die Gelder der Schwerindustrie die Bewegung nähren und lenken. Deshalb wird die Beschaffung der Mittel „vertraulich“ betrieben. Man soll nicht wissen, daß es das Gewinninteresse der Großindustrie ist, „derartigen Neigungen... mit verstärktem Nachdruck entgegenzutreten“. Der kleine Bürger soll in dem Glauben sich wiegen, daß man für seine Konsumenten- und schmalen Geschäftsinteressen kämpft, während er in Wirklichkeit nur

als Zugkraft für die Ausnutzung aller Gewinnchancen benutzt wird, die sich für das Großkapital bei „freier“ Wirtschaft ergeben. Seine Verbraucherinteressen würden den Mann aus den breiten Schichten auf die Gegenseite führen. Denn das Großkapital bedrängt ihn viel schlimmer, als irgendwelche Gemeinwirtschaft. Man denke an die Preisdrückerei des Kohlsyndikats in diesen harten Zeiten und an den Boykott, den die großen Zigarrenfabrikanten gegen die genossenschaftlich organisierten Kleinhändler neulstens wieder versuchen! Solche Ziele dürfen natürlich nicht durchscheitern, wenn man gegen die Gemeinwirtschaft mobil macht. Und deshalb muß sich die „besondere Werbetätigkeit“ des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hübsch im verborgenen halten. Auch wenn man gegen „zahlreiche anderweitige Einflüsse“ aufkommen will, ist das bitter nötig. In der Klammer des Rundschreibens zu diesen „Einflüssen“ wird freilich nur Walter Rathenau als Beispiel aufgeführt. Aber auch diese unvollständige Aufzählung beweist schon, daß sich schwerindustrieller Ueberprofit und — Intelligenz in der Beurteilung gemeinwirtschaftlicher Fragen schlecht vertragen. Indessen zielt man noch nach ganz anderen Höhen. Auch in Regierungskreisen schwört nicht alles mehr einfach auf die „freie“ Wirtschaft von Kapitalkräften. Und um diese Widerstände zu besiegen, braucht man erst recht die Mitwirkung der Massen Harmloser, deren Aufmarsch oben wirken und die schwerindustriellen Drahtzieher verdecken soll.

Wie mans dreht und wendet, die „vertrauliche“ Geldsammlung ist ein industrielles Kampfmanöver, bei dem Gutgläubige „durch Wort und Schrift“ als Deckungsstruppen für Privatmonopolisten mobil gemacht und ins Feuer geschickt werden sollen, während eine kleine Gruppe schwerreicher sich hinter der Front bereit hält, den Gewinn aus der Beseitigung „staatssozialistischer Tendenzen“ zu ziehen. Deshalb wird tiefstes Mißtrauen gegen die geplante Agitation die größte Bürgerugend sein!

## Der Friedensvertrag mit Rußland

ist, wie gestern bereits unter „Neueste Nachrichten“ berichtet, von den Kongreß der Sowjets in Moskau ratifiziert worden. Das könnte freudig begrüßt werden, wenn nicht aus den vorliegenden Meldungen hervorginge, daß man diesem Friedensvertrag nur mit der Faust in der Tasche zugestimmt hat. Die Revolutionär-Sowjeten sind gegen diesen Friedensvertrag; sie haben deshalb, sofern sie der Regierung angehören, demissioniert und hierbei erklärt, sie würden die Waffen nicht niederlegen trotz Ratifizierung des Friedensvertrages und würden mit einer unabhängigen Armee den Widerstand organisieren. Wenn das auch leichter gesagt als getan ist, so ist diese Stimmung doch bedenklich; sie läßt das Land nicht zur Ruhe kommen und kann auch nicht gleichgültig sein. Hinzu kommt noch, daß nach Kopenhagener Meldungen die Gegenrevolution wieder drohend denn je ihr Haupt erhebt. Die Lage in Rußland ist also alles andere als geklärt.

Aus Moskau wird über den Verlauf des Sowjetkongresses gemeldet: Sibirischer in erläuterte die Einzelheiten des Friedensvertrages. Lenin hielt eine Rede, worin er auf die Notwendigkeit hinwies, den Frieden anzunehmen. Dabei gab er einen historischen Ueberblick über den Entwicklungsgang der russischen Revolution und hob hervor, daß die Revolution in diesem Jahre glänzende Siege davongetragen habe, aber nun eine Niederlage durch den deutschen Imperialismus erlitten habe, der augenblicklich doch härter sei. Die Geschichte lehrt wieder, so schloß Lenin, „daß Deutschland nach dem entehrenden Frieden von Tilsit mit Napoleon eine Wiedergeburt erlebte. Wir müssen diesen Frieden als eine Zeit zum Atemholen betrachten.“

Das ist deutlich genug gesprochen und sollte die deutsche Regierung veranlassen, in dem Sinne zu verfahren, wie Genosse David es in der gestrigen Reichstagsagung, deren Bericht unsere Leser an anderer Stelle finden, klar gelegt hat.

Eine weitere Meldung aus Moskau besagt: Der Sowjetkongreß hat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß der vierte außerordentliche Kongreß den Friedensvertrag, der am 3. März 1918 in Brest-Litowsk abgeschlossen wurde, sanktionierte, obgleich dieser Frieden erzwungen und entehrend sei. Es soll eine Miliz geschaffen werden, um Rußland gegen mögliche Angriffe imperialistischer Länder zu verteidigen. Der Kongreß drückte die Ueberzeugung aus, daß die Sowjetregierung die internationale sozialistische Bewegung bei der Schaffung eines dauerhaften Friedens unterstützen werde, und erklärte, die feste Ueberzeugung zu besitzen, daß auf einer internationalen Konferenz der Imperialismus von dem vereinigten Sozialismus überwunden werden dürfte.

Das klingt auch nicht gerade sehr ermutlich. Erwarten die Russen denn von einem allgemeinen Friedenskongreß eine Revision ihres Friedensvertrages? Die Hoffnung dürfte eine trügerische sein!

## Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

Berlin, 18. März, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 18. März. (Amtlich.)

Keine besonderen Ereignisse.

Die Schuld am Kriege.

In einer Denkschrift hat der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, sich als Gegner der deutschen Bündnispolitik bekannt und dieser Politik die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges zugeschrieben. Diese Denkschrift, die, nachdem sie als geheime abgefaßt war, ihren Weg ins Ausland gefunden hat, beschäftigte bereits am Sonnabend den Hauptausschuß des Reichstages, ohne daß bis heute die Deffentlichkeit darüber etwas erfahren hat. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll spätestens heute ein amtlicher Bericht über die Sitzung des Hauptausschusses herauskommen. In ja, das deutsche Volk wird immer noch wie ein kleines Kind von einer weißen Obrigkeit bemuttert!

Die rumänische Frage.

Der König von Rumänien ließ Marghiloman nach Baku kommen und ersuchte ihn, ein neues Ministerium zu bilden. Marghiloman erbat sich Lebenszeit und ist nach Bukarest zurückgekehrt, um mit den Vertretern der Mittelmächte Fühlung zu nehmen. Es haben eingehende Besprechungen stattgefunden. Gestern ist Marghiloman wieder nach Baku gereist und wird nach einem nochmaligen Vortrag beim König seine Entscheidung treffen.

Die Wehrkräften gegen Polen und Litauen.

Gegen die Abtreibung von Minsk an Polen erlät das weiß-ruthenische Volkskomitee einen Aufruf, der auch dem Reichskanzler übermittelt werden wird. In dem Aufruf heißt es der „Polnischen Zeitung“ zufolge: Die geschichtlichen und ethnographischen Grenzen des Vaterlandes des weiß-ruthenischen Volkes reichen östlich bis zur Smoch, umfassen nördlich das mittlere Dünal und westlich den bei weitem größten Teil der Gouvernements Grodno und Wilna einschließlich der gleichnamigen Städte, sowie Bialystok und Brest-Litowsk. Im Süden fallen sie mit der Grenzlinie Grodno und Minsk zusammen. Wir erheben den entschiedenen Einspruch gegen das Bestreben der Nachbarvölker, jenes Gebiet als herrenloses Land zu betrachten. Indem wir die staatliche Annäherung an unsere baltischen und litauischen Nachbarn freudlich begrüßen würden, protestieren wir entschieden gegen die litauischen ungeraden Ansprüche auf Wilna und einen großen Teil der Gouvernements Wilna und Grodno. Diese Fragen können nur auf Grund beiderseitiger Verständigung endgültig gelöst werden. Die Ansprüche der Polen auf Landesteile der Gouvernements Wilna und Grodno weisen wir als unberechtigte Annexionsgelüste unbedingt zurück. Wir streben nach selbständiger staatlicher Leben und leben dessen Verwirklichung nur in der Anlehnung an die abendländische Kultur und deren Vertreter, das mächtige Deutsche Reich.

So entstehen immer neue Differenzen unter den russischen Randstaaten, die zu schlichten kein leichtes Stück Arbeit ist. Erfolgt hier keine Uebereinstimmung zwischen den einzelnen Staaten, dann können diese Randstaaten sehr leicht zu einem Hegenkessel werden, in dem es fortwährend brodelt.

Gegen den russischen Frieden mit der Türkei

wendet sich der jetzt unter Vorstich der gemeinsame getretene kaukasische Landtag. Nach einer vor einigen Tagen veröffentlichten Meldung schweben zwischen Kaukasien und der Türkei Friedensverhandlungen. Glaubt man denn, bei diesen Verhandlungen noch mehr für den Kaukasus herauszuholen?

Allgemeine Offensive der Weißen Garde in Finnland.

Nach einem Telegramm an die Stockholmer finnische Gesandtschaft aus Wafa hat General Mannerheim die allgemeine Offensive angefaßt, durch die bisher glänzende Erfolge erzielt wurden. Das Kirchdorf Heinola wurde genommen, wobei etwa 3000 Rotgardisten gefangen genommen wurden. Die Bewegung schreitet auf der ganzen Front erfolgreich vorwärts.

Wie ist denn diese von Wolff verbreitete Meldung in Einklang zu bringen mit dem gestern ebenfalls von Wolff veröffentlichten Hilferuf der Weißen Garde? Es wäre sehr interessant, auf diese Frage eine Antwort zu erhalten.

Die Alandsinseln.

Nach einer Drahtmeldung aus Waia, berichten finnische Blätter, daß unter der Bevölkerung der Alandsinseln eine Bewegung für die Erklärung der Unabhängigkeit der Inselgruppe im Wachsen ist. Vorbereitungen für

Die Unterzeichnung einer selbständigen Regierung und Besatzung im Gange.

Das Vernünftige wäre es schlicht, wenn die Niederländer sich von allen Einflüssen frei machen könnten. Ob ihnen das aber infolge ihrer exponierten Lage gelingen wird, ob das von Dauer sein wird, das möchten wir bezweifeln.

### Holland nimmt das Schiffsultimatum der Entente an.

Wie das Haager Korrespondenzbureau erzählt, erklärte Minister Landon in der Zweiten Kammer, daß die niederländische Regierung sich gezwungen sah, die Forderung der alliierten Regierungen, die niederländischen Schiffe durch die gefährdete Zone zwischen 100000 Tonnen Weizen zum 15. April knüpfen, anzunehmen, da Deutschland auf eine dahin gehende Frage jetzt erklärte, nimmlich innerhalb zweier Monate 100000 Tonnen Weizen liefern zu können. Sie machte jedoch ihre Zustimmung von folgenden Bedingungen abhängig: Holland müsse auf die Verteilung niederländischen Schiffsraums und auf die Versorgung des Landes nach dem in London basis of agreement gegebenen Maßstab rechnen können. Die Summe der zu liefernden niederländischen Schiffe gewährt werden. Was die Fahrten der niederländischen Schiffe durch die gefährdete Zone angeht, so müssen die alliierten Regierungen dafür sorgen, daß die Schiffe keine Truppen und kein Kriegsmaterial transportieren und nicht bewaffnet werden, daß es den Besatzungen freigestellt wird, an den Fahrten teilzunehmen oder nicht, und endlich, daß die eventuell verhafteten Schiffe sofort nach dem Kriege durch andere ersetzt werden. Die Regierung kann und darf nicht weiter gehen. Der Minister sagte noch zu den Mitteilungen hinzu, daß er, sowie die Antwort der alliierten Regierungen ihn erreicht habe, auch diese der Kammer mitteilen werde. Die Kammer beschloß, in der heutigen Sitzung die Erklärung des Ministers zu besprechen.

Nach einem ausführlichen Bericht über die gestrige Kammerdebatte erhob der Führer der christlich-historischen Partei, Bohmann, gegen die Vertagung Widerspruch. Er behauptete, daß das Volk ein Recht habe, sofort seine Stimme hören zu lassen. Schließlich einigte man sich aber doch auf Vertagung der Besprechung.

Holland hat also in den letzten Tagen keinen Erfolg erzielt; es blieb ihm wohl nichts anderes übrig. Die Presse und die Parteien greifen allerdings die Regierung heftig an, doch dürfte das kaum zu einem ernsten Resultat führen. Holland muß sich dem Nachgeben der „für die Freiheit der Völker und kleinen Nationen“ kämpfenden Ententemächte fügen.

„Times“ meldet aus Washington: Wilson empfing den niederländischen Gesandten, der eine Wende des Geschickes über die Benutzung der niederländischen Schiffe befürwortete. In Audienz. Der Präsident wies sich, unter den gegebenen Verhältnissen keine Haltung zu ändern. 460000 niederländischen Schiffstonnen sind unmittelbar für den transatlantischen Verkehr verfügbar. Der niederländische Dampfer „Niemo Amsterdams“ wird trotzdem ausfahren können, da er unter der Bedingung freier Rückfahrt nach Amerika gekommen ist. So sieht der „Beschützer der kleinen Nationen“ in Wirklichkeit aus!

### Nach Holland Spanien.

Die „Agence Havas“ meldet, daß in den Häfen der Verbündeten noch über 5 Millionen Tonnen neutraler Schiffsraum sich befinden. Die Alliierten waren gezwungen, für ihre Zwecke über die Hälfte davon in Anspruch zu nehmen. Das „Echo de Paris“ berichtet, daß gleiche Verhandlungen, wie mit Holland, mit Spanien geführt werden auf Überlassung weiteren neutralen Schiffsraums an die Alliierten.

### Die New Yorker Arbeiter gegen den Frieden?

Die „New York Times“ berichtet nach einer Reutersmeldung, daß die Arbeiterschaft New Yorks entschieden für Wilsons Programm „keinen Frieden ohne Sieg“ einträte. Der Vorschlag, die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten sollten die Bewegung für die Beendigung des Krieges unterstützen, wurden unter lebhaften Protesten niedergebracht. W. A. Appleton, Joshua Hutterworth und die Mitglieder der britischen Kriegskommission in den Vereinigten Staaten waren Gäste der Versammlung. Sie sprachen über englische Arbeiterprobleme. Man beschloß, die englischen Gewerkschaften wissen zu lassen, daß es Americas ernstester und aufrichtiger Wunsch sei, den Krieg mit aller Kraft fortzusetzen, daß er für immer ein Zeugnis für die Demokratie aller Völker bedeute. Man sei entschlossen, daß es keine Umkehr und keinen vorzeitigen Frieden geben solle. Die organisierte Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten halte von Grund auf zu dem Grundgedanken eines stetigen Krieges gegen die Autokratie, wie sie von den Zentralmächten Europas repräsentiert werde.

Wir können, wenn wir auch schon manches haben erleben müssen, diese Nachricht in der Form nicht für zutreffend halten.

## Deutscher Reichstag.

### Der Frieden im Reichstag.

Die Stellungnahme zum Staatsnotgesetz, die feierlich zur Urkunde der Fraktionspaltung wurde, zeigte bei Beginn der Sitzung wieder klar den Gegensatz zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen in dieser hoch rein geschichtlichen Frage. Haase lehnte mit einem schmerzlichen Hinweis auf innere und äußere Politik wie auf sozialdemokratische Grundzüge den Etat ab, während Genosse Scheidemann eine Erklärung einer geschichtlichen Angelegenheit zu einer hochpolitischen Debatte — gleichfalls ablehnte.

Dann sprach Graf Hertling mit seiner verklärten, doch in der Stille des Hauses gut vernehmbarer Stimme. Nach seinen Ausführungen sind wohl nun alle Brücken der Verständigung nach dem Westen reiflos abgebrochen und die Hoffnung auf zunächst geworden, daß das kommende järglicherliche Dividend sermieden werden könnte. Ueberhauptes sagte er nicht. Seine Stellung zu dem Fragebogen über die Entente, fragender doch zur Klärung bei. Die verhältnismäßige Höhe der Zusage seiner Rede auf der gemäßigten Fraktion, die ihm die Zustimmung bei der Mehrheit des Hauses und heftiges Zischen bei den Unabhängigen kennzeichnen die Lage. Die Reden Fejersbachs und Neumanns lassen bei aller Beredsamkeit der Form

und Auffassung doch die Unversämlichkeit eines gewissen Unbehagens erkennen, das eine reiflose Freude über den Abschluß des Friedens im Osten nicht aufkommen läßt. Genosse David wies scharf auf die Verlogenheit der Darstellung hin, wonach es sich bei den inneren Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen in Finnland um Ereignisse handele, die der Einmischung der deutschen Polizei bedürften. Der Friedensvertrag mit Finnland selbst gibt Deutschland nicht das geringste Recht dazu.

Da die Erschöpfung des Gegenstandes der Debatte für Montag nicht möglich war, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Berlin, 18. März 1918.

142. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Reichskanzler Graf Hertling, v. Bener, Wallraf, Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Staatsnotgesetz. Abg. Haase (N. S.): Wir lehnen den Etat ab, denn wir können einer Regierung kein Vertrauensvotum erteilen, deren wahre Gesinnung sich zeigt in der Aufrichtung der Militärstruktur, in der Vereinerung sozialdemokratischer Unternehmungen, in dem Gewaltfrieden mit Russland, in der Niederdrückung der Revolution in Finnland, der Unterdrückung der Volksmassen in Estland und Litauen und zum Schluß einer kleiner benachteiligten Herrschaft. Gegen unsere sozialdemokratischen Grundzüge lehnen wir deshalb den Etat ab. (Bravo! bei den Unabh. Soz.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Bisher war es Brauch, solche Notgesetze ohne weitere Debatte glatt zu bewilligen. Wir haben umso weniger Anlaß, davon jetzt abzuweichen, da wir gerade in den letzten Tagen mitten in politischen Debatten gestanden haben und im unmittelbaren Anschluß an die Erledigung dieses Etats bereits wieder in eine hochpolitische Debatte hineingehen werden. Wir sehen in der Erledigung dieses Notgesetzes keine Vertrauenskundgebung, sondern wir wünschen, daß nicht etwa jeder einzelne Reichsbeamte nach dem 1. April das Reich verläßt, damit er sein Gehalt bekommt, sondern daß das Reich seine Geschäfte ordnungsmäßig weiter führen kann. Darum sehen wir keine Veranlassung, bei dieser Gelegenheit eine politische Debatte vom Reine zu brechen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Das Staatsnotgesetz wird dem Hauptausschuß überwiesen. Es werden hierauf zunächst die Friedensverträge mit Russland und Finnland zur Verhandlung gestellt.

Reichskanzler Graf Hertling geht zunächst kurz auf die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Russland ein. Der Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk ist den Herren bekannt. Sie alle erinnern sich der endlosen Reden, die nicht so sehr für die Teilnehmer der Delegation, als für die weiteste Öffentlichkeit bestimmt zu sein schienen. Sie erinnern sich der Unterbrechung und der jählichen Wiederaufnahme der Verhandlung. Man war an dem Punkt angelangt, wo es sich um ein entweder — oder handelte. Am 3. März ist in Brest-Litowsk der Friede unterzeichnet worden. Am 16. März ist in Moskau von der zuständigen Versammlung der Friede ratifiziert worden. (Beifall.) Ich habe nicht die Absicht, mich mit der Verteilung auseinanderzusetzen, die dieser Friedensvertrag bei den feindlichen Mächten gefunden hat. Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist (Sehr wahr!) — wo die Unwahrscheinlichkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat (Sehr richtig!), wo man in demselben Augenblick, da man sich ansieht, die brüllende Hand auf einen neutralen Staat zu legen, zu sagen wagt, daß die dabei verfolgte Politik die der vollen Selbstlosigkeit sei, da scheitert jeder Versuch verlässlicher Auseinandersetzung, jählicher Widerlegung. (Sehr wahr!) Und wenn eine Deputation aus Washington dem in Moskau versammelten Kongress die Sympathie der Vereinigten Staaten, wie es dort heißt, „in dem Moment glänze aussprechen zu sollen, wo die deutsche Macht sich eingebracht hat, um dem Kampf für die Freiheit um seinen Erfolg zu bringen“ (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Sehr richtig! Finnland! — Gr. Anruhe rechts. Auf: Sind das Deutsche? — Ruhe bei den Unabh. Soz.: Ja, Deutsche!) — Vizepräsident Baaske: Ich ersuche den Abg. Haase, solche Zwischenrufe zu unterlassen, die das Haus aufregen müssen! Ich lege ich das zu allem andern. Wir wünschen nichts anderes, als daß dem schwergeprüften Russland bald geordnete staatliche Verhältnisse wiedergegeben sein möchten. Der Ihnen vorgelegte Vertrag enthält keinerlei entehrende Bedingungen für Russland, keine brüllenden Kontributionen, keine gewaltsame Aneignung russischen Gebietes. (Lachen bei den Unabh. Soz.) Wenn Handelsstaaten aus der russischen Staatsoberhoheit ausgeschieden, so entspricht das dem eigenen von Russland anerkannten Willen dieser Staaten. Wir hoffen und wünschen, daß diese Völker unter dem Schutze des mächtigen Deutschen Reiches sich selbst die Gestalt geben mögen, die ihrer kulturellen Entwicklung, ihrer Sinesart und ihren Verhältnissen entspricht. Am weitesten ist die Entwicklung in Russland vorangeschritten. Die vor einigen Tagen hier eintreffende Deputation des kurländischen Landesrats als der anerkannten Vertretung Kurlands, die Loslösung von den bisherigen unbilligen Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen und den Wunsch äußerte, in eine enge wirtschaftliche, militärische und politische Beziehung zu Deutschland zu treten. In der Antwort, die ich im Auftrage des Kaisers als des völkerverständlichen Vertreters des Deutschen Reiches zu geben hatte, konnte ich mit Freude die Anerkennung Kurlands als eines unabhängigen Landes aussprechen und Kurland hierzu beglückwünschen. Die endgültige Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland mußte ich mir aber vorbehalten, bis die Verhältnisse sich dort weiter entspannt und sämtliche zuständigen Faktoren gesprochen haben würden. Vom litauischen Landesrat ist bekanntlich schon im vorigen Jahre gleichfalls eine enge militärische, wirtschaftliche und politische Angliederung an Deutschland beschlossen worden. Ich erinnere in den allerersten Tagen das Erscheinen einer litauischen Deputation, die uns diesen Beschluß zur Kenntnis bringen wird, worauf die Anerkennung Litauens als eines unabhängigen Staatsweckens erfolgen kann. Wie sich dort die Verhältnisse weiter entwickeln, muß dann mit Ruhe abgemerkt werden. Estland und Livland befinden sich bekanntlich nicht bei im Friedensvertrag vereinbarten Grenze, bleiben aber nach dem Friedensvertrag so lange von deutscher Volksherrschaft besetzt, bis die Sicherung selbständiger Einrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Dann wird auch für diese Länder der Augenblick gekommen sein, sich um ihre politische Reorganisation zu bemühen. Auch diesen Ländern gegenüber wünschen wir, in ein nachbarliches, freundschaftliches Verhältnis zu kommen, aber so, daß auch ein freundschaftliches Verhältnis mit Russland nicht ausgeschlossen ist. (Bravo!) Polen ist bekanntlich durch die Proklamation der beiden Kaiser vom November 1916 die Selbständigkeit vor aller Welt zurückgegeben. Darum folgt, daß auch die Verhandlungen über die weitere Ausgestaltung des neuen Staatswesens nur durch gemeinsame Verhandlungen eines jenseits zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, andererseits mit Polen zu Ende geführt werden können. Inzwischen sind Anregungen aus politischen Kreisen Polens an die Regierung und auch an Mitglieder dieses Hauses gelangt, Anregungen für eine Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu uns. Wir werden gern prüfen, ob und in wie weit sich diese Anregungen mit dem Ziele der beiden verbündeten Mächte decken in dem ungeschlossenen Polen einen friedlichen, freundschaftlichen Nachbar für alle Zukunft herzustellen.

Wenn Sie, wie ich nicht zweifle, den Verträgen Ihre Genehmigung geben, und wenn dann, wie wir hoffen, bald auch der Friede mit Rumänien zum Abschluß gereift sein wird, dann wird der Friede auf unserer ganzen Ostfront hergestellt sein. (Bravo!) Aber wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben; der Selbstfriede ist es, nicht da. Noch zeigt sich leider in den Staaten der Entente nicht die geringste Reue, von dem jählichen Kriegesbündnis abzuhellen. Nach immer zeigt sich der Wille, den Krieg fortzuführen bis zu unserer Verzweiflung. Wir werden nicht den Mut verlieren (Bravo!), wir sind auf alles gefaßt und sind bereit, noch schwerere Opfer zu bringen. (Bravo!) Gott, der uns bisher geschützt, wird uns auch weiter helfen. Wir vertrauen auf unsere gerechte Sache, auf unser unvergleichliches Heer, seine herrlichen Führer, seine heldenmütigen Kämpfer, auf unser tapferes handfestes Volk. Die Verantwortung aber für all das Blutergießen wird auf die Haupt derer fallen, die in freiwilliger Bestochtheit der Stimme des Friedens nicht Gehör geben. (Sturm. Zuruf bei der Mehrheit: Zischen bei den Unabh. Soz. — Erneuter lebhafter Beifall.)

Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt von dem Buzsich wendet sich gegen die Behauptungen der russischen Delegation, sie habe keine Zeit mehr zur Nachprüfung des Inhalts des Vertrages gehabt. Tatsächlich war sie mit dem Inhalt der Verträge sehr genau bekannt. Der erste russische Delegierte, Herr Solobitoff, lehnte unser Anerbieten, die wirtschaftspolitischen und rechtspolitischen Verträge in einer besonderen Kommission durchzuberaten, ab. Die Finnen waren dem ihnen von Russland aufgewungenen Krieg von vornherein abhold. Unsere Verhandlungen mit ihnen sind glatt verlaufen.

Abg. Fejersbach (Ztr.): Wir begrüßen die Festlegung freundschaftlicher Beziehungen zu dem selbständigen Finnland. Dem Kaiserlichen Finnlands Folge zu leisten, glaubten wir verpflichtet zu sein. Ein Grund zum Vertrauen wegen unserer Aktion in Finnland liegt für Schweden nicht vor. Für uns handelt es sich nur darum, das unglückliche Land von den bolschewistischen Mächten zu befreien. Estland und Livland sind noch Bestandteil Russlands; sollen sie sich aber von Russland loslösen wollen, so würden sie unsere Sympathie haben. — Kurland hat sich für selbständig erklärt und wünscht möglichst Anlehnung an Deutschland und hat seine Krone dem deutschen Kaiser angeboten. Das ganze deutsche Volk freut sich über diesen Beweis der Sympathie. Aber die Abschlüsse von so schwerwiegenden Bedeutung bedürfen sorgfältigster Ermägung. Man muß fragen, wie weit die nicht deutschen Bewohner Kurlands an kurländischen Landesrat und seiner Entschließung beteiligt sind. In dieser Beziehung haben die uns gegebenen Erklärungen vollkommen genügt. Ebenso ist dadurch die Legende zerstört worden, daß die Entschließung unter militärischem Druck zustande gekommen ist. Wir brauchen auch nicht zu befürchten, daß die kurländische Bevölkerung sich später von Deutschland abwenden und zu Russland, wenn die Verhältnisse sich dort konsolidiert haben, hinwenden werde. Immerhin bleibt es wünschenswert, daß die Entschließung des Landesrats durch eine auf breiterer Basis gewählte Volksvertretung ratifiziert werde. Auf deutscher Seite ist die Zustimmung des Reichstages notwendig; ich nehme an, daß auch die deutsche Regierung diese Auffassung teilt.

Witane enthebt sich der staatlichen Selbständigkeit. Ich nehme an, daß demnächst eine litauische Deputation beim Reichskanzler eintrifft und aus den Verhandlungen mit ihm die Sicherheit der staatlichen Selbständigkeit mit nach Hause nehmen wird. Das katholische litauische Volk muß auch in seiner Spitze katholisch sein; das ist ebenso selbstverständlich, wie das andere, daß die protestantischen Kurländer einen protestantischen Herzog haben müssen. Von den Polen erwarten wir das ehrliebe Bekenntnis zur Integrität des Reiches. Andererseits müssen wir allen Amerizansplänen gegenüber entgegen und ihnen wirksam entgegenkommen. Die Cholmer Frage wird nach den Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten wohl zur Zufriedenheit der Polen gelöst werden. Wie die russische Revolution das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufstellt, haben die Finnen und Ukrainer zu prüfen bekommen. Es ist eine Ehrenpflicht Deutschlands, das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig durchzuführen. Dadurch werden Beziehungen zu den westlichen Randvölkern geschaffen, die bessere Garantien für unsere Zukunft sind als Amerizionen. (Beifall im Zentr. und links.)

Abg. David (Soz.): Wir sehen dem Friedensvertrag mit Russland mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüber. Wir begrüßen, daß wenigstens im Osten auf der ganzen Linie der Kampf eingestellt ist, aber wir bedauern die Art, wie der Friede von Brest-Litowsk zustandegebracht worden ist. Daß wir nicht die Welsche einer gegenseitigen Verständigung, sondern die eines ausgeprochenen Gewaltfriedens. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die unterlegene Partei hat ihre Zustimmung nur mit innerem Ingrimm gegeben, sie hat auf Gnade und Ungnade kapituliert. Nach die Vertreter unserer Diplomatie haben in Brest-Litowsk kapituliert und zwar vor den militärischen Nachhabern. Nicht der Zusammenbruch des Zarenreichs erfüllt uns mit Mißbehagen. Die Einheit Russlands unverletzt zu erhalten, haben wir nie als eine Mission der Sozialdemokratie betrachtet. Zerstüßene Bestrebungen waren in Russland auch schon vor dem Kriege vorhanden. Unsere Diplomatie hätte die Selbständigwerdung der Randvölker auf dem Wege der Verständigung erreichen müssen. Dies Ziel hat sie verfehlt, weil sie die Lage der bolschewistischen Regierung vollständig verkannte. Diese konnte die Selbständigwerdung der Randgebiete hinnehmen, aber nicht als Tat der deutschen Militärmacht, sondern nur als die freie Tat dieser Völker auf der Grundlage demokratischer Verständigung. Nach der Erklärung des Reichskanzlers vom 29. November schien dieser Weg möglich, ebenso nach der Erklärung des Grafen Czernin vom 25. Dezember; dieser Weg wurde aber verbartrachtet durch die Erklärung der deutschen Delegation vom 27. Dezember, wonach die Selbstbestimmung der Randvölker im Sinne der Abwendung von Russland bereits als Tatsache angenommen werden sollte, und diese Situation wurde noch dadurch verschärft, daß General Hoffmann das Schwert des Siegers in die Wagchale warf. In den weitesten Kreisen des deutschen Volkes hat deswegen dieser Friedensschluß nicht die erwartete Begeisterung ausgelöst, sondern ein großes Mißbehagen. Auch im Ausland beruht man das deutsche Vorgehen in Brest-Litowsk, um die Heberzeugung von der Ehrlichkeit Deutschlands zu erschüttern und die Friedensstimmungen in Frankreich und England zu bekämpfen. Die Wirkung in Russland zeigt der Artikel Gorkis, der den Frieden einen Selbstfriede der Bolschewisten nennt. Keine nachfolgende Regierung in Russland wird diesen Frieden ernstlich, d. h. innerlich akzeptieren. Schon Lenin hat ihn seinen Anhängern gegenüber mit dem Hinweis entschuldigend, daß er nur als ein Provisorium zu betrachten sei. Ein solcher Friede trägt nicht die Gewähr der Dauer in sich. Der Krieg ist beendet, die Feindschaft ist gebrochen, und die Entente ist schon am Werk, den im Osten durchgeführten Krieg wieder zusammenzuschließen. Das englische Kriegsziel der Verbindung des afrikanischen Kolonialreiches mit seinem asiatisch-indischen ist durch diesen Frieden erleichtert. Mitteleuropa ist nur ein Binnenstaat, und weltwirtschaftlich sogar ein Binnenland im Vergleich mit den ungeheuren Imperien Englands, Amerikas und Ostasiens. Einen Teil seiner Gefahren kann man den Frieden von Brest-Litowsk nehmen, wenn man den Handvollern nachträglich das Selbstbestimmungsrecht gewährt und die weitesten Kreise dieser Völker bei der Ausgestaltung ihrer inneren Lage mitebestimmen läßt. Eine selbstigen großartigen Regierung würde dann ein sehr wirksames Argument gegen uns aus der Hand genommen. Russland könnte sich dann nachträglich mit den Dingen innerlich abfinden. Die Art, wie die Angelegenheiten der Randvölker geregelt werden, wird deshalb ein Prüfstein für die Ehrlichkeit der deutschen Politik sein. Der Reichskanzler hat seine Erklärung vom November heute erneuert. Auch der Reichstag ist mit seiner Ehre in dieser Frage engagiert. Man könne Völker nicht wie Steine im Spiel gegen ihren Willen hin und her schieben, sagte der Reichskanzler im November. Aber diese Anweisung gehört keineswegs längst verfallenen Zeiten an, sie behält heute noch in den Köpfen von Leuten, die im Reiche großen Einfluß haben, und es hat den Anschein, als ob man trotz aller Erklärungen der Reichsregierung im Osten in einer mit den Erklärungen nicht vereinbaren Weise verfahren will. Wir müssen daher Garanti haben, daß die Taten der Regierung auch ihren Worten entsprechen. Es ist eine mächtige Gegenpartei im Reiche vorhanden, deren Freie denen der Reichsregierung entgegen-

gezeigt sind. Diese Gegenpartei hat eine sehr einflussreiche Presse, die alldeutschen, konservativen, antirussischen Blätter. Diese Gegenpartei will Grenzverweiterungen im Osten, die keineswegs Grenzüberschreitungen darstellen, sondern Annexionen sind. Diese Partei will auch nichts von einem demokratischen Wahlrecht bei den Reichswahlen wissen. Sie fürchtet, ein solches Wahlrecht könnte auf Preußen abfallen. Zu den Organen dieser Gegenpartei gehören auch zahlreiche Funktionäre der Militärverwaltung in Oberost. Auf diesen Gegenstand muß offen hingewiesen werden. Wir sind überzeugt, die politische Meinung meint es ernst mit ihren Worten, aber besitzt sie die Macht, ihren Willen durchzusetzen? Die Vorgänge in Brest-Litowsk sprechen dafür, daß die größere Macht bei der Militärpartei liegt. Ueberall, in Polen, Litauen und Russland, wird die Politik der Reichsleitung von der Militärpartei durchgezogen. Die ganze Leidensgeschichte der Polenpolitik seit dem Kaisermanifest erklärt sich aus diesem Gegensatz. Die Cholmer Frage scheint in nun in Wien repariert zu werden. Aber der Plan der Militärpartei geht auf eine große Annexion auf Kosten der Polen an ihrer Westgrenze, angeblich im Namen der militärischen Sicherheit. Aber eine militärische Sicherung, die zu einer dauernden politischen Befriedung mit dem Nachbarstaat führt, ist ein Spott auf eine militärische Sicherung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Sicherung des polnischen Bestandes nach Westen ist eine Voraussetzung für eine dauernde Verbindung mit den Polen. Was die Militärpolitik wollen, ist eine neue Teilung Polens; ewige Feindschaft der Polen uns gegenüber wäre die Folge. Die Polen legen auch mit Recht Wert auf ein Recht nach Russland, sie wollen nicht abgekanzelt sein. Auch in Litauen haben die Bestrebungen der Militärpartei großes Mißtrauen gegen Deutschland zur Folge gehabt. Die Litauer haben die Einberufung eines Landtages als allgemeiner, alldeutscher und direkter Wahlen verlangt. Die Militärpartei führt, um ihre Ziele zu erreichen, sogar eine Störung in dem Verkehr zwischen dem Reichstempel und den Litauern herbei. Ein Schreiben des Reichstempels des litauischen Landtages an den Reichstempel, das durch die Militärverwaltung in Ostroski gehen muß, ist bis heute nicht an den Reichstempel gelangt. Also es wird die Befreiung über den Reichstempel verhängt von einer militärischen Oberinstanz, die seine Politik nicht will. (Hört, hört!) Man will Litauen zur selbständigen Kolonie machen, es soll verzichtet auf eine Demokratisierung; weil sich die Litauer weigern, hat die Militärpartei bisher die Anerkennung ihrer Selbständigkeit verhindert. Das widerstreitet den Zusagen, die in Brest-Litowsk den Reichswählern gemacht sind. (Sehr wahr!) Glaubt man etwa, daß neben der ukrainischen Volksrepublik Litauen als osteuropäische Militärsolonie bestehen kann? Man droht den Litauern mit der Teilung ihres Landes. Das widerspricht auch der Selbstbestimmung. Wer weiß, ob die Militärpartei die von dem Reichstempel erwartete litauische Delegation jetzt nicht ebensowenig durchläßt wie den erwähnten Brief! Es war hier schon einmal ein ständiger Vertreter des litauischen Landtages in Berlin, dem aber nachher von der Militärverwaltung der Paß entzogen wurde. Was Russland betrifft, so bestritt ich entschieden, daß der dortige Landtag befehligt ist, im Namen der Bevölkerung zu sprechen. Er stützt sich auf alte vom Jaren verlebene Vorrechte. Augenblicklich hat er keine Rechtsbasis, denn die einzige Rechtsbasis in revolutionären Zeiten ist der Wille des Volkes. Das hat man der Ukraine und Russland gegenüber anerkannt. Bei dem kurländischen Landtagsbeschluss handelt es sich lediglich um ein abgemessenes Geschäft zwischen den preussischen Junkern und den baltischen Baronen, unter Zustimmung eines Teiles der deutsch-litauischen Bourgeoisie. Wir begrüßen es, daß der Reichstempel heute diese Entscheidung als nicht endgültig bezeichnet hat, im Gegensatz zu der Auffassung der Militärpartei, die in diesem Beschluss ein Definitivum sieht, an dem ein Landtag auf breiterer Grundlage nichts mehr ändern könne. Die Letzten und Ersten haben schon unter russischer Herrschaft um ihre Unabhängigkeit gekämpft. Wenn ihre Hoffnungen nun wieder enttäuscht wird, muß sich ein tiefer Haß gegen die neuen Herren dadurch entwickeln und sie werden dann Rückhalt in einem uns ferndeligen Großrussland haben. Aber es mit einer sicheren Erziehung und kulturellen Entwicklung der deutschen Elemente in den baltischen Ländern ernst meint, muß eine solche Politik vermeiden. Arbeiter, kleine Handwerker und Bauern sind in dem litauischen Landtag überhaupt nicht vertreten. Die baltischen Barone haben es früher mit den ärgsten Reaktivoren in Russland gehalten. Die russische Heere, die Dniprungen vermischt haben, wurden geführt von baltischen Baronen, wie Kesselring. -- Bedenklich war die Bemerkung des Reichstempels, unser Verhältnis zu Estland und Livland solle so geregelt werden, daß dadurch ein freundschaftliches Verhältnis zu Russland nicht ausgeschlossen werde. Das ist für uns der springende Punkt. Weiter hat es der Reichstempel abgelehnt, sich in die innere Politik Finnlands einzumischen. Aber auch hier laßt ein Widerspruch zwischen den Taten der militärischen Leitung und den Worten der politischen Leitung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist eine große Ironie, daß die öffentliche Meinung, wenn es in der Presse so dargestellt wird, als handle es sich für uns darum, den Finnen im Kampf gegen die Russen zu Hilfe zu eilen. Es ist bedauerlich, daß die Jesaja die Mitteilung der richtigen Sachlage verschleiert. Die roten Garbisen in Finnland sind keine Russen, sondern Finnen. Diese finnische rote Garbe ist die Wehrmacht der finnischen roten Regierung. Es handelt sich doch um innere finnische Kämpfe, um einen Bürgerkrieg, bei dem jede der beiden Parteien behauptet, daß ihre Regierung die gesetzmäßige ist. Die Sozialdemokratie stützt sich auf den alten sozialdemokratischen Landtag, und die neue Regierung ist aufgebaut auf dem von der russischen Regierung erzwungenen neuen Landtag. Wenn im Winterum Heere sich im Kampf gegenüberstanden, fingen die Führer an, sich gegenseitig zu beschimpfen. Wenn heute ein Wassergang stattfinden soll, so geht dem regelmäßig ein Eigensfeldzug voraus. Wenn man heute von den Grauelikten der roten Garbe in Finnland erzählt, so ist Tatsache, daß die rote Regierung alles tut, um mit einzelnen markierenden Bänden aufzuräumen, und daß sie die russischen Truppen aus Finnland entzerrt. In Berlin kommen täglich 300 Diebstähle und Raubfälle vor, in ganz Deutschland werden es viele Tausende sein. Was würde man sagen, wenn eine ausländische Macht daraus das Recht herleitete, in Deutschland einzumarschieren. (Sehr gut!) Hinter der finnischen roten Regierung stehen genau dieselben Kräfte wie hinter der ukrainischen, die wir jetzt als befreundet bezeichnen. Welch fürchterlicher Haß muß in den Massen des arbeitenden Volkes erzeugt werden, wenn ihre Bewegung jetzt mit deutschen Truppen niedergeschlagen werden soll. Nach kann das Schlimmste verhängt werden. Möge die deutsche Regierung auch die rote Regierung in Finnland für den Friedensvertrag gewinnen. Die rote Regierung hat bereits beschlossen, sich mit der deutschen Oberbefehlshaber auf Island in Verbindung zu setzen. Sie wollen sich über die deutschen Absichten unterrichten. Damit ist der Weg für eine friehliche Beilegung des Streites gegeben. Sollte etwa die weiße Regierung in Finnland eine Vermittlung ablehnen, so würde sie natürlich keinen Anspruch darauf haben, daß deutsche Truppen ihr zu Hilfe kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Nachricht der norddeutschen Presse, daß das Ziel der deutschen Regierung in Finnland eine Monarchie mit einem deutschen Prinzen an der Spitze ist, ist demontiert worden. Aber dieses Demontiert findet wenig Glauben, und die Absichten über Russland verstärken das Gerücht. Auf der ganzen Linie im Osten ist das Resultat der deutschen Politik: Erötung der Sympathien der Massen für Deutschland. Diese Politik ist eine Kampfanlage an alle demokratischen Kräfte, eine Kampfanlage an die nach Unabhängigkeit strebenden Elemente in den Randländern. Diese Völker ärmten auf beim Sturz des zähen Regiments, sie sehen sich jetzt aber der Gefahr einer neuen Fremdherrschaft ausgesetzt. Würde diese kurzfristige Gewaltpolitik der Militärpartei, die im Gegensatz zu den Erklärungen des Reichstempels steht, sich durchsetzen, so wäre die unermessliche Folge, daß das ganze Gebiet von Oberost in einen schmelzenden Brandherd verandelt wird, in dem alle Elemente sich gegen die Germanisierung auflehnen. Einem solchen Zustand wollen wir uns nicht entgegenführen lassen. Das die panlawistische Strömung im Rufe keinen Boden hatte, hat sich gezeigt. Durch diese Gewaltpolitik würde man aber

# Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 19. März. (Amtlich.)  
Wöchlicher Kriegeschauplatz.  
Seeresgruppe Kronprinz Ruprecht.  
Sturmtruppen preussischer, bayerischer und sächsischer Divisionen führten in Flandern erfolgreiche Erkundungen aus und nahmen dabei mehr als 300 Belgier gefangen.  
Von der Küste bis zum La-Basse-Kanal war der Feuerlampf am Abend gesteigert. An der übrigen Front blieb er in mäßigen Grenzen.  
Seeresgruppen Deutscher Kronprinz, von Gallwitz und Herzog Albrecht.

Bei Junincourt hielten brandenburgische Stoßtruppen nach harten Kämpfen 20 Gefangene aus den französischen Gräben. Das Artillerief Feuer lebte beiderseits von Keims und in der Champagne zeitweilig auf. An der Nordfront von Verdun nahm es an Stärke zu. Wir setzten unsere Erkundungen fort. Sächsishe Abteilungen brachten auf dem Ostufer der Maas 56 Gefangene ein.

Herzog Albrecht von Württemberg.  
An vielen Stellen der lothringischen Front und den Vogesen und im Sandgau rege Tätigkeit der Franzosen.  
Wir schossen gestern in Luftkämpfen und von der Erde aus 23 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab.  
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 18. März. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England vernichteten unsere Unterseeboote 19 000 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelschiffsräume.  
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der neue rumänische Ministerpräsident.  
Bukarest, 19. März. Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Ein fetter Happen.  
Genf, 19. März. In den englischen und amerikanischen Häfen liegen dem Pariser „Journal“ zufolge noch ungefähr acht Millionen Tonnen weiteren Schiffsräume, über den sich die Alliierten das teilweise Verfügungsrecht vorbehalten.

eine neue panlawistische Bewegung erzeugen, die auch in Oesterreich einen starken Rückhalt fände, eine panlawistische Bewegung mit dem Ziel: Zerbrechen der deutschen Herrschaft, die man im Ausland als pangermanisch bezeichnet; die in Deutschland als alldeutsche Gewaltpolitik bekannt ist. Wir würden dadurch der Entente das Mandat geben, sich an die Spitze einer gegen solche Gewaltpolitik gerichteten Politik zu setzen. Deshalb müssen Reichstag und Reichsleitung scharf Front machen gegen diese unverantwortliche Politik einer Partei, die, wie es scheint, im deutschen Reich maßgebend werden soll. Aber mit Gewaltpolitik gewinnt man keine Herzen, nur eine von freihetlichem Geist getragene Politik kann die Dinge im Osten ordnen, nur eine demokratische Verständigung kann die Grundlage der Ordnung im Osten abgeben. Dadurch würde ein starker Friede gewonnen werden; ein auf militärische Macht gestützter Frieden dagegen ist der schwächste Frieden, den es gibt. Seine weltpolitischen Aufgaben kann Deutschland nicht lösen mit den Methoden und Praktiken der oipreussischen Herrenlaste. Nur durch Recht und Freiheit kann der Frieden im Innern, nur durch Recht und Freiheit kann auch der äußere Frieden dauernd gewonnen werden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Naumann (Wpt.): über der berechtigten und unbedingten Kritik an dem im Osten erreichten Anfang des Friedens überleben viele, was die Beendigung des Krieges im Osten bedeutet. Die unkompetente feindliche Macht des russischen Jarrismus ist in diesem Niesenkampf zusammengebrochen, weil diese Art Mächte, die sich selbst für die festesten halten, sehr oft die Verührung und den Stoß am wenigsten aushalten. (Sehr richtig!) Für die Beendigung des Kampfes schulden wir Dank auch unseren Bundesgenossen, die den Stoß in der ersten Zeit auszuhalten hatten. Die Grenze nach Russland ist eine Revolutionsgrenze. Denn nachdem in Russland eine Anarchie vorhanden ist, muß irgendwo eine Linie sein, wo der anarchische Zustand aufhört. Russland ist verschunden und im Vakuum an seine Stelle getreten. Durch das Verinken des Jarrismus in Russland ist die ganze umgebende Welt in Erdringung und Bewegung geraten. Japan und England haben bereits das Gefühl, daß dort ein Raum entsteht, über den sie verfügen müssen. Und da sollen wir dieses Gefühl an unserer Ostgrenze nicht haben? Das ist nicht Annexion. Annexion ist Raub, wo etwas aus einer Hand genommen wird, um in eine andere überzugehen. Etwas Derartiges liegt hier nicht vor, sondern ein weltgeschichtlicher Prozeß der Zerlegung. Ob der Haß, der auf dem russischen Boden übrigbleibt, sich schließlich gegen uns richten wird, ist noch sehr die Frage. (Sehr richtig!) Sines mit allen Annexionen! Es ist merkwürdig, daß gerade die Nationalisten bei uns in Deutschland am meisten internationalisieren wollen. (Sehr richtig!) Wir sollten Bedenken tragen, in Russland einer Regierung gegen die andere zum Siege zu verhelfen, zumal die rote Regierung in Finnland eng verwandt ist mit der ukrainischen Regierung und darüber hinaus mit der Sozialdemokratie überall. Wir haben keine Besugnis, als innere Polizei in Finnland aufzutreten. (Sehr wahr! links.) Der Beschluss des kurländischen Landestages, gefaßt von 20 Personen, hängt mit der monarchischen Spitze an, statt zuerst den Unterbau dafür zu schaffen. (Sehr richtig!) Litauen will nicht nur Aufmarschgelände sein, es ist lebendiges Menschentum, das holt nach Selbständigkeit ringt. Die deutsche Verwaltung mag jetzt dort wohl manches besser machen, aber die Litauer wollen nicht immer in der Kleinkinderschule gehalten werden; auf die Gefahr hin, daß sie zunächst Fehler machen. Die Voraussetzung für die Selbstständigkeit ist das Zurücklegen der Militärverwaltung, nach dem jetzt der Friede ratifiziert ist. Mit dem Vollen muß eine enrtliche Verständigung gesucht werden, wenn wir andere Kräfte nicht weiter im gegenseitigen Jank aufreiben wollen. Jetzt kommt es darauf an, ob ein kluger freihetlicher Geist diese Dinge zu machen vermag. Dem Westen gegenüber hat der Reichstempel seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen aber ausgeprochen, hat die Selbstständigkeit Belgians anerkannt. Die Friedensbereitschaft auf unserer Seite ist da bis zum letzten Tag vor der großen Offensive. Wenn aber der Wille auf der anderen Seite fehlt, ist das deutsche Volk geschlossen bereit, sich nach Westen ebenso zu vertheidigen wie nach Osten. (Lebh. Beifall.)  
Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt.  
Schluß: 6 1/4 Uhr.

# Ueber die Landung der deutschen Truppen auf den Alandsinseln

bringt „Stockholms Dagblad“ folgendes anschauliches Stimmungsbild:  
Alarm! Die Deutschen landen! Das ist die Sensation des Tages. Und der Effekt läßt denn auch nicht lange auf sich warten; in rasender Fahrt rollt ein Geschütz nach dem anderen durch die Straßen Marihamns. Dann folgen lange, flache Schlitzen, vollgepackt mit bewaffneten russischen Soldaten. Ueber den Markt geht es nach dem Hafen an der Ostseite der Stadt und über das dicke Eis hinüber zur finnischen Küste. Eine Jagd, so wild, wie man sie in diesem Kriege so oft von russischen Soldaten gesehen hat! Hinter den Schlitzen her jagt die Kavallerie — eine kleine Truppe, aber nicht minder bange vor den anrückenden Deutschen! Durch die Straßen, über den Markt und hinunter zum Hafen auf's Eis! Dann herrscht Totenstille.

Nun kommen die Deutschen!  
Ganz Marihamn ist auf den Beinen und wandert hinauf zum Höhepunkt vor der Stadt, von wo man einen freien Blick über die See hat. Jeden Augenblick erwartet man, daß sich das Gerücht, die Deutschen seien gelandet, bewahrheitet, und die Spannung ist groß. Eine Anzahl finnländischer Flüchtlinge, der welchen Garbe angehörend, kann die Zeit kaum erwarten. Da plötzlich, es ist vier Uhr nachmittags, erschallt aus dem Munde eines Flüchtlings der Jubelruf: „Nun kommen sie! Alles drängt sich dem Ausgucksturm. Und von hier oben kann man weit draußen im Vedund deutlich vier Schiffe sehen, die mächtige Rauchwolken in die klare Winterluft senden. Ein großes Kriegsschiff ist darunter — nun beginnt der Tanz! Und alles, was Beine hat, läuft nach dem Bahuspart und stürmt die Treppen des Ausgucksturms hinauf. Die noch zurückgebliebenen Russen aber packen in aller Eile ihre Stiefeln zusammen und rennen Hals über Kopf nach dem Hafen und über das Eis — der finnischen Küste zu. Und ein Seufzer der Erleichterung entfährt manchem Inselbewohner, da er sieht, wie die bisherigen Plagegeister schreckgeschlagen das Weite suchen.

Trotzdem man auf die Ankunft der Deutschen vorbereitet war, schlug doch die Nachricht von ihrer Landung ein wie eine Bombe. Tagelang ging man voller Erwartung umher und hielt Ausschau über das Meer nach ihnen, und doch wirkte es wie eine Sensation, als die Schiffe ihre Anker warfen. Und nun waren die Deutschen da! Interessant war es, die Wirkung dieser Tatfache zu studieren. Die landflüchtigen Finnen jubelten in hohen Tönen, während sie gleichzeitig ihr Bedauern darüber ausdrückten, daß nicht von dem Brudervolke an der anderen Seite der Bottnischen Bucht die ersehnte Hilfe kam. Die Russen waren gestürzt, und die zurückgebliebenen polnischen und ukrainischen Soldaten verfluchten die Tatsache mit Gleichmut aufzunehmen, was ihnen aber nur schlecht gelang. Und die Aländer? Die verwiderte Situation, die mit der Landung der Deutschen eingetreten ist, verstehen sie noch nicht vollkommen. Gleichzeitig mit dem Wunsch, dem schwedischen Staate einverleibt zu werden, hegen sie starke Sympathien für die gerechte Sache des finnländischen Volkes. Ueber die Landung der Deutschen aber äußern sie sich nur sehr vorsichtig.

## Ederö — ein deutsches Feldlager.

Mit dem Schlitten übers Eis nach Ederö, wo die Deutschen landen! Die ersten Menschen, die wir trafen, waren — Deutsche! Feldsoldaten und Matrosen, die sich wahrheitslieblich auf einer Fahrt nach Proviant befanden, denn alle trugen ein Paket unter dem Arm. Da und dort sahen wir Gruppen von Offizieren aller Grade und Waffengattungen, und bei jeder Truppe sahen wir wenigstens eine Kamera, die fleißig benutzt wurde. Und je näher wir kamen, desto mehr Deutsche sahen wir. Zwischen Störbö, Gosthaus und dem Strande standen einige Posten mit dem Gewehr im Arm und der Peitsche im Mund. Und dann wurde der Hofland zwischen den einzelnen Posten immer geringer, bis man bei einer Biegung des Weges in ein förmliches Gewimmel von Feldgrau und Dunkelblau geriet. Ederö war binnen weniger Stunden ein veritables deutsches Feldlager geworden. In der Hinterseite des Zollgebäudes waren Hunderte von Männern beschäftigt, ein Lagerhaus aufzubauen, über dem Zollgebäude wehte die deutsche Kriegsflagge. Und über den Strand glitt ein vollbeladener Schlitten nach dem andern, gezogen von einem kleinen zottigen Isländer. Draußen auf dem Eise aber übten deutsche Truppen wie dahrin auf dem Exerzierplatz.

Auf der Reede, zwischen dem Lande und den schwedischen Schiffen, lagen zwei deutsche Schlachtschiffe, dicht daneben die Transportschiffe. Und hinter den schwedischen Schiffen lagen noch zwei mächtige Transportdampfer. Auch zwei Eisbrecher lagen da, von denen der eine den nicht ganz unbekannt Namen „Sindenburg“ trug. Auf dem Eis zwischen den Schiffen verlustigten sich die Mannschaften auf allerlei Art. Eine Sältsichthubahn war bereits hergestellt, und hier herrschte ein reges Leben. Sogar Fußball wollte man spielen, und die Deutschen forderten die schwedischen Matrosen zu einem Watsch heraus, wovon jedoch Abstand genommen werden mußte. —

In einer schnurgeraden Reihe liegt das Gepäd der Soldaten auf dem Eis. Und obenrauf stets ein Stahlhelm. In alles haben die Deutschen gedacht. Aus dem unterirdischen Innern der Schiffsbäume werden die verschiedensten Gegenstände herausgeholt und vorläufig auf das Eis hingestellt. Ein Auto, ein Aeroplan — flugfertig — stehen da, dann kommen Feldkanonen, die von Artilleristen an Land gezogen und neben dem Zollgebäude aufgestellt werden. Neu für die Pferde wird in festgepreßten Ballen auf dem Eise aufgestapelt, große Rollen Draht für die Feldtelefone und den Telegraphen, Küchenwagen und andere taufenberlei Dinge, die zu einem modernen Feldzug notwendig sind, und die am wenigsten in der deutschen Armee fehlen, werden dem gewaltigen Schiffsrumpf entnommen.

Die deutschen Landungstruppen bestehen aus tüchtigen und erprobten Leute, welche die Expedition als eine angenehme Unterbrechung des Kriegsdienstes betrachten. Den ganzen Tag und spät in die Nacht hinein müßten die Soldaten die schweren Lösungsarbeiten verrichten, trotzdem ist von einer Müdigkeit bei ihnen nichts zu merken. Man sieht es diesen Männern an, daß sie mit Lust und Liebe ihr Lagerwerk verrichten, und es ist eine respektable Leistung, dieses Lagerwerk. Nun am Abend liegt Reede und Hafen in einem Lichtmeer von den starken Scheinwerfern gebadet. Die breiten Lichtstrahlen spielen hin über das mit festem Eis überzogene Meer, über den Strand mit seinen Waldbrütern, während die Signalkaternen ihre Sprache blitzen, und die Kataketen zischend in die kalte Luft steigen. Und dazwischen raseln die Ketten der Lastkräne, ertönen laute Kommandorufe und die ermunternden Zurufe der arbeitenden Soldaten und Matrosen.

Die deutschen Truppen machen einen vorzüglichen Eindruck; sie sind ansehnend alle erprobte Kerls. Das Band des Eisernten Kreuzes und andere Tapferkeitszeichen zieren die Brust nicht weniger dieser Leute. Sie und da sieht man einen Soldaten, dessen Aussehen einem etwas jugendlich vorkommt, aber fragt man nach dem Alter, hört man nur das stolze: „Einundzwanzig“, das sofort jede weitere Frage in dieser Beziehung abschneidet. In das, was ihnen bevorsteht, die Kämpfe mit der roten Garde, denken sie nicht, sie betrachte das Ganze als eine militärische Promenade; aber was sie interessiert, ist, ob es auf Island Geißel und Butter gibt. Leider aber mußte ich ihre Hoffnungen in diesen Beziehungen auf ein ganz geringes Maß herabschmitten. —

Ueberall haben die Deutschen Plakate angebracht, auf welchen die Ursache ihrer Anwesenheit klargestellt und die Bevölkerung ermahnt wird, die Ruhe zu bewahren.

# Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 19. März.

## Die weitere Zusammenlegung von Bäckereibetrieben

Die weitere Zusammenlegung von Bäckereibetrieben soll, wie eine nichtamtliche Meldung des Wolffschen Bureaus bekannt gibt, in Zukunft nach bestimmten Richtlinien erfolgen. Es wird darin u. a. gesagt: Nach Erörterung mit Vertretern des Bäckereigewerbes erscheint es zunächst geboten, daß dort, wo die Bäckereien mit Torf oder Holz geheizt werden, oder von der Kohlenheizung zur Torfheizung übergegangen werden kann, eine Zusammenlegung der Bäckereien, die ja der Kohlenersparnis wegen vorgenommen wird, unterbleibt. Bei der Beurteilung der Frage, in welcher Art Bäckereien der Kohlenverbrauch unverhältnismäßig groß ist, sollen die erforderlichen Unterlagen durch eingehende Erörterung mit Sachverständigen und durch Prüfung jedes einzelnen Falles geklärt werden; insbesondere soll nicht davon ausgegangen werden, daß der Großbetrieb dem handwerksmäßigen Betriebe im Bäckereigewerbe grundsätzlich überlegen ist. Es wird angestrebt sein, das Verhältnis zwischen Großbetrieb und handwerksmäßigem Betrieb bei der Zusammenlegung nicht wesentlich zu verschieben. Da wo Zusammenlegungen von Bäckereien sich als notwendig ergeben, wird mit Vertretern der Großbäckereien und mit Vertretern der handwerksmäßigen Betriebe, insbesondere mit der zuständigen Bäder-Zinnung, nach Möglichkeit die Durchführung einer freiwilligen Zusammenlegung angestrebt werden; ferner wird darauf hinzuwirken sein, daß den betroffenen Bäckereien der in den Bäckereien beschäftigten Arbeiter bei allen Zusammenlegungen Gelegenheit zur Äußerung und zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegeben wird. Bei diesen Verhandlungen wird auch festzustellen sein, wie die stillgelegten Betriebe zu entschädigen sind. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Befürchtungen, im Verfolg der Zusammenlegungen würde an eine Wiederaufhebung des Nachtbrotverbotes gedacht, durchaus unzutreffend sind. Seitens der Reichsleitung wird nach wie vor an dem Nachtbrotverbot festgehalten, und sie kann es auch nicht billigen, wenn Ausnahmen von dem Nachtbrotverbot zu dem Zweck bewilligt werden, um eine stärkere Konzentration des Bäckereigewerbes zu ermöglichen.

**Keine Beschlagnahme der Anzüge.** Die Reichsbekleidungsstelle gibt bekannt: Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbekleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der im Privatbesitz befindlichen Männerbekleidungsgegenstände, ist nicht richtig. Eine Beschlagnahme ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine Zusammenfassung, gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken. Zur weiteren Förderung der Abgabe gebrauchter Kleidung hat die Reichsbekleidungsstelle angeordnet, daß für die Erteilung eines Bezugsscheines gegen Abgabebescheinigung keine gleichartigen Kleidungsstücke mehr abgegeben zu werden brauchen. So kann man jetzt beispielsweise für einen Damensommermantel einen Bezugsschein für einen Herrenmantel verlangen, vorausgesetzt, daß bei dieser Art von Bezugsscheinerteilung ist allerdings, daß das abgegebene Kleidungsstück mehr oder zum mindesten ebensoviel Stoff enthält als das verlangte neue. Für abgegebene Uniformen kann man außer einem Bezugsschein für Anzüge auch einen Bezugsschein für Frauen- und Mädchenkleidung bekommen.

**Neuerstellung des Bezugsverfahrens für Schuhwaren.** Die Reichsbekleidungsstelle wies die Bezugsstellen ausfertigungsstellen an, von jetzt ab Bezugsscheine auf Schuhwaren nur in dringenden Notfällen (z. B. vollständiger Verlust des sämtlichen Schuhwerks, nicht aber Konfirmation, Todesfall und dergl.) auszufertigen, da ab 1. April 1918 durch die von da an zuständige Reichsstelle für Schuhversorgung eine Neuorganisation des Bezugsverfahrens für Schuhwaren erfolgt, wodurch Schuhwaren in weitem Umfange, insbesondere das sogenannte Krieg- und Kriegsschuhwerk, bezugsfähig gemacht werden sollen.

**Neuerungen beim Personen- und Gepäcktarif.** Der neue Personen- und Gepäcktarif bringt am 1. April im ganzen Bereich der preußisch-hessischen Staatsbahnen auch eine Reihe von Neuerungen außer der Erhöhung und der Verkehrssteuer. Die Sonntagstarifen 2. Klasse fallen weg. Die Gebühr für telegraphische Anforderung von Fahrkarten wird von 25 auf 50 Pfg. erhöht. Für Monats- und Monatsnebenkarten, die wahlweise über mehrere Wege gültig sind, werden neue Berechnungsvorschriften eingeführt. In Wegfall kommen die bisherigen Schülerzeitkarten. Diese berechnen wie die Monatskarten zu beliebigen Fahrten an allen Tagen. Bei Geschäftsreisen wird für das 2. und jedes weitere Kind eine Ermäßigung von 20 Proz. auf den Fahrpreis für einzelnen Schüler gewährt. Die Schülerzeitkarten zum Besuch von Schwimm- und Badeanstalten fallen weg. Für Arbeiterwohnenkarten werden Mindestfahrpreise eingeführt, 60 Pfg. für Hin- und Rückfahrt, 30 Pfg. für die Hin- und für Wanderarbeiter werden geändert. Die besonderen Monatskarten für Schnellzüge unter Einrechnung eines Zuschlags sind die Verdoppelung der Expressfahrkarten bleiben bis auf weiteres bestehen.

**„Sonne Grüße!“** Werden auf Postkarten oder in Briefen die von Privatpersonen an andere Privatpersonen, Firmen usw. zur

Verwendung mit der Post aufgegeben werden, von einem Heeresangehörigen kurze Mitteilungen hinzugefügt, so hat der Absender das volle Porto für die Sendung zu entrichten. Der Vermerk „Feldpostbrief“ ist in diesem Falle nicht statthaft. Desgleichen dürfen Postkarten und Briefe, die von Militärpersonen zur Beförderung kommen, nicht mit Mitteilungen und Zusätzen von Privatpersonen beschriebener werden, wenn sie den Anspruch auf portofreie Beförderung unter „Feldpostbrief“ haben wollen. Täglich wiederholen sich die Fälle, daß im Heeresdienst stehende Personen Postkarten zur Beförderung bringen, auf denen andere Personen „Grüße überbringen“ oder „Blickwünsche zum Ausdruck bringen“. Ein derartiges Verfahren ist durchaus unzulässig. Es werden nicht allein die Absender, sondern auch sämtliche Mitunterzeichneten wegen Verstoßes gegen die Vorschriften bestraft und zwar kostet jeder Fall einer solchen Uebertretung drei Mark Strafe und außerdem noch das Porto für die unfrankierte Sendung. So haben jüngst der Absender und neun Mitunterzeichnete einer am Bertiſche geschriebenen Ansichtskarte mit dem Vermerk „Feldpostbrief“ zusammen 30 Mark Strafe und 1,50 Mark hinterzogenes Porto zahlen müssen.

**Arbeiterkrise.** Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am letzten Sonnabend mittags 1 1/2 Uhr bei der Flenber L.G. für Dachbau an der Herrenbrücke. Dort waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, Dachbleche nach dem Dach eines im Bau befindlichen Hauses hinauf zu befördern. Der Arbeiter Loga tat dabei einen Fehltritt und stürzte etwa 7 Meter ab. Er litt schwere innere Verletzungen sowie Verletzungen am Kopfe und mußte deshalb dem allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden. Nach Ansicht von Augenzeugen konnte sich der Unfall nur ereignen, weil die Arbeiter in größter Hast ausgeführt werden sollten und es unterlassen worden war, die unbedingt zum Schutze der Arbeiter erforderlichen Abdeckungsmaßnahmen anzubringen. Ferner konnten die Arbeiter es nicht verstehen, daß der schwerverletzte Mann länger als eine Stunde auf dem Blase bleiben mußte, bevor er ins Krankenhaus transportiert wurde, obwohl nach ihrer Meinung die Möglichkeit vorhanden war, die Ueberführung schneller zu bewerkstelligen.

**wb. Sanjathater.** Bis früh um fünf, Operettenposse von J. Aren und Artur Lipschütz, Musik von Paul Linke. Vor etwa 12 bis 15 Jahren erlebte diese Posse in Berlin unzählige Aufführungen. Ihre Melodien wurden auf allen Straßen gesungen und „Nimm mich mit, nimm mich mit“ hörte man bei jeder Tanzmusik, selbst im entlegensten Dörfchen. Trotz alledem kann man gerade dieser Aufführung nicht allzuviel Geschmacks abgewinnen. Man möchte schon ausrufen: „Sie hat einen Fickel auf der Nase“. Es gibt bessere Köpfe aus der guten alten Zeit. Immerhin amüsierte sich das Publikum ganz ausgezeichnet über das Leben im Kabarett „zum Koffenfehen“ und die Freiheit des Jählers Klingmann, der von Erich Schuberl dargestellt wurde. Otto Ahrens wurde der Rolle des Florian Heindal ziemlich gerecht. Martin Ehrhardt karikierte den Polen Krejowski ausgezeichnet. Von den Damen verdiente Ella Schneider das meiste Lob. Aber auch Marie Körner, Marie Liebig, Aug. Niedel und Ilse Köning sollen genannt werden. Wir hatten noch am meisten Vergnügen, die alten bekannten Ohrenschmaule Paul Ums wieder einmal zu hören.

**Auf die acht Kriegsanleihe** zeichnete die Kuhlhaus-M.G. 200 000 Mk., bisher insgesamt 825 000 Mk.

**Stadttheater.** Am kommenden Freitag findet ein Ehrengastspiel der Dresdener Hofkapellierin Melitta Lechner als „Medea“ in dem gleichnamigen Grillparzer'schen Drama statt. Dieses Gastspiel wird umso größeres Interesse erregen, als die Künstlerin ihre Bühnenlaufbahn in Lübeck begonnen hat und schon damals — unter Direktor Feldhuhn — durch ihre ursprüngliche Begabung die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Am Sonntag, dem 24., veranstaltet die Direktion eine Festaufführung von Webers „Friedrich“. Es geschieht dieses aus Anlaß der vierhundertsten Aufführung dieses Werkes in Lübeck. Das Orchester wird durch erste Kapellmeister der Schweriner Hofkapelle verstärkt werden. Ebenso wird der Schweriner Opernsänger zur Unterstützung der Chöre herangezogen. Zwei namhafte Hamburger Künstler, Herr Schützenborj und Frau Puritz-Schumann sind ebenfalls als Gäste für diese bemerkenswerte Aufführung gewonnen.

**pb. Entworfenes Zeitzeug.** Am 18. d. Mt. sind vom Erdenboden der Saules Hüyük 77. 5 weiße Zeitzeuge und ein Beibeiwa gestohlen worden. Die gestohlenen Sachen tragen das Monogramm E. S.

**pb. Diebische Zigeunerin.** Festgenommen wurde eine Zigeunerin, die sich in Bremerhaven des Diebstahls von Kleidungsstücken schuldig gemacht hatte.

**Hamburg.** Außerordentliches Kriegsgericht. In der Verhandlung am Freitag wurde der Pferdehändler August Gange in Hamburg wegen Verbreitung nicht erweislich wahrer Gerüchte zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen den Schuhmachermeister Adalbert Schmarz in Hamburg erkannte das Gericht auf 4 Monate Gefängnis. Der Angeklagte hatte verbotswidrig Flugblätter politischen Inhalts in der Absicht der Verbreitung in Besitz gehabt. Der jugendliche Nietenswärmer Will Meisch erhielt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zwei Wochen Gefängnis. — Eingemeindung Bergedorfs. Magistrat und Bürgervertretung der hamburgischen Stadt Bergedorf beschlossen einstimmig die Eingemeindung Bergedorfs nach Hamburg, die angesichts der unhaltbaren Lage Bergedorfs mit größter Beschleunigung betrieben werden soll. Die Stadt ist in einem Zustand der Stockung, ihre städtebauliche Entwicklung ist vollkommen eingeschnürt. — 3 wanzigttausend Mark erpreßt. Auf Antrag eines pensionierten höheren Kirchenbeamten wurde ein 34 Jahre alter Schreiber in Haft genommen, der den ehemaligen Kirchenbeamten um etwa 20 000 Mark geprellt haben

soll. Der Festgenommene hatte den früheren Kirchenbeamten durch seine Mutter kennen gelernt, die den Herrn zur Einreichung eines Gnabengesuches für ihren Sohn, der wegen einer Straftat verurteilt worden war, veranlaßte. Später suchte der Schreiber den Kirchenherrn öfter auf und gelang es ihm, nach Angabe seines Gönners, diesem nach und nach 20 000 Mk. abzulodern.

**Celle.** Ein Polizeilergeant erschossen. Bei der Festnahme des polnischen Arbeiters Johann Schmiel, der am 9. Mai den Gemeindevorsteher Hoesener aus Steinförde erschossen hat, gab der Verbrecher auf den ihn verfolgenden Polizei-Geanten Backowial zwei Schüsse ab, wovon der zweite den Beamten tötete. Der Mörder wurde nach der Abgabe weiterer Schüsse auf den Verfolger festgenommen.

## Neueste Nachrichten.

Der Prozeß Kieper.

Grudenj, 19. März. Nach mehrtägigen Verhandlungen wurde gestern der Giftmord-Prozeß Kieper zu Ende geführt. Die angeklagte Frau Kieper wurde nach dem Wahrspruch der Geschworenen von der Anklage des Giftmordes an ihrem Gatten freigesprochen. Der Verteidiger kündigte an, daß er einen Antrag auf Entschädigung der Freigesprochenen für die Untersuchungshaft und die verhängten 6 Jahre Zuchthaus stellen werde.

Die Sitzung in Moskau.

Rotterdam, 18. März. In der Sitzung des Sowjet-Kongresses, welcher den Friedensvertrag bestätigte, waren 1094 Abgeordnete anwesend, davon 732 Bolschewisten und 238 Sozialrevolutionäre vom linken Flügel.

**Der Vorsitzende las Begrüßungsdröhungen vor, darunter auch die Botschaft des Präsidenten Wilson. Lenin hielt darauf eine Rede. Die ihm dargebrachten Huldigungen bewiesen, daß seine Stellung unerschütterlich ist.**

**Während der Sitzung brach unter dem Bobium des Vorsitzenden Feuer aus. Es gab nicht die geringste Verwirrung trotz aller Gerüchte über anarchistische Anschläge. Das Feuer wurde mit einem Löschapparat unterdrückt.**

## Literarisches.

**Die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde für Mutter und Kind.** Unter diesem Titel ist in dem Verlag der „Volkshochschule“ Buchdruckerei, E. Graf & Co. in Bochum, ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Max König (Dortmund) im Druck erschienen, den dieser anlässlich der Hygiene-Ausstellung „Mutter und Kind“ im Alten Rathaus in Dortmund gehalten hat. Der Vortrag nimmt zu einer der brennendsten Fragen der Gegenwart vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus Stellung. Es wird gezeigt, daß alle Bevölkerungsprobleme mit dem Schutze von Mutter und Kind beginnen muß. Der Geburtenrückgang und seine Ursachen, die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen, die Frau als Arbeiterin und Mutter, die Notwendigkeit eines ausreichenden Arbeiternennschutzes und des Ausbaues der sozialen Geführgewand, die Wohnungsfrage, besonders auch für kinderreiche Familien, die bisherigen Fürsorgeeinrichtungen und ihre Unzulänglichkeit — alles dieses wird zwar knapp aber klar und treffend besprochen. Mit zwingender Logik weist König nach, daß mit allen Kräften und den größten Mitteln von Reich, Staat und Gemeinde eingegriffen werden muß. In einer Zeit, wo in Deutschland jährlich etwa 1—2 Milliarden für Rikotin, 2—4 Milliarden für Morphol ausgegeben werden sind und ungezählte Millionen Verwendungen finden für Kasernen- und ungeschulte Millionen Verwendung für Heereszwecke aufbrachte, wo Deutschlands finanzielle Kraft in der Lage ist, hundert Milliarden Kriegskosten tragen zu können, muß es auch Mittel und Wege finden, um wenigstens laufend aufzubringen zur Leistung positiver Aufgaben im Interesse des direkten und indirekten Säuglingschutzes und Lösung geburtenpolitischer Probleme. Die Förderung dieser dringenden Kulturaufgaben darf nicht nur theoretisch von den Gelehrten und Kanzeln in Wort und in Schrift verflündet, sondern muß durch Taten der Behörden und Parlamente und aller Staatsbürger mit allen Kräften und Können unterstützt werden. Das liegt in nationaler Interesse, damit nicht verflümmern die schönsten Menschheitsblüten: Mutterchaft und Kindheit, Volkskraft und Volkswohl! Die lesbare Schrift, die in einem Umfang wertvolles Material und einschlägige Zitate bringt, ist eine gediegene Grundlage für die öffentliche Erörterung des Mutter- und Säuglingschutzes. Der billige Preis von 30 Pfg. ermöglicht jedem die Anschaffung, der Interesse an diesen Fragen nimmt. Sie sei wärmstens empfohlen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Druckmaschinen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46

## Verkauf von holländischen Hühnern und Enten.

Bis auf weiteres werden vom Marktstallenaufseher werktäglich in der Zeit von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Hühner und Enten entgegengenommen. Die Hühner werden zum Preise von Mk. 4.— für das Pfund die Enten 3.50 abgegeben. Eine Anrechnung auf die Fleischkarte findet nicht statt. Die Angabe der Hühner und Enten erfolgt nur Mittwochs und Sonnabends in der Marktstalle während der Zeit von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Barzahlung. 1160 **Der Ernährungsausschuß.**

## Betrifft „Metallisches Natrium“.

Ergänzung zur Bekanntmachung vom 20. 10. 1917 S. Nr. III V 2 1648/14928 (S. B. Bl. Nr. 2650 S. 221). (KRA. Nr. 526. 2. 18. V. V. L. n. 7. 2. 1918). Den im Abt. 2 der Bekanntmachung vom 20. 10. 1917 — S. B. Bl. Nr. 2650 S. 221 — erwähnten Nachweis erteilen auf Antrag die zuständigen Gewerkschaften. Die Verwendung des metallischen Natriums zur Herstellung von Feuer- und Spielzeugen wird als unerlaubter Zweck erklärt. Der k. k. kommandierende General v. Falk, General der Infanterie. 1173

## Brotkarten

Best. in Herrburg schwarze Bandische, 3. Brille Schiffs, 6 Mt. abzu. ges. Del. (1163) Expedition, Johannisstr. 46. (1175)

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich **Herm. Giese und Frau nebst Sohn Karl.** Rennefeld. (1166)

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich **Fritz Giese,** zurz. im Felde. n. Frau u. Tochter Erna. Rennefeld, 19. März 1918 (1165)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unterer lieben Kinder Wilhelm und Berta danken herzlich **Wilhelm Kruse und Frau nebst Sohn und Tochter.** Rennefeld. (1169)

**Saubere Frau oder Mädchen** für ganze Tage gesucht (1170) **Elsmann, Klementenw. 3.**

**Erbienbuch** zu verkaufen, wird auch nach Lübeck geliefert. (1174) **Johann H. rtmann, Kücknitz.** Expedition Amie 14.

Zu kaufen gesucht ein guterh. **Sitz- u. Liegewagen u. Verd.** Ang. nat. G G 6 a. d. Exp. (1167)

Am Montag morgen entschleß ich mich nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter, unsere gute Schwester und Schwägerin (1171)

**Wilhelmine Hamer geb. Rowedder** im 66. Lebensjahre, aufs weite betrauert von den Ihrigen.

**August Hamer u. Familie.** Lübeck, d. 18. März 1918. Et. Innenstr. 14/3.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 22. März, vormittags 9 1/2 Uhr, in der **Kornelle Burgtor** statt.

**Briketts** vorzähg. (1175) **Mustin,** Friedenstr. 78, Steingit. 1

## Tabak anbauen

bringt hohen Gewinn. Ich verp. Tabakflamen, aus. 3. Ernte von 20 Bld. Tabak = 1000 Zigaretten mit Kulturanzw. u. Anleitung um Zigarettenmachen, für 1 Mk. **E. Hecht, Gartenbau, Berlin-Schönholz N.** (1161)

## Achtung! Oeffentliche

## Versammlung

sämtlicher auf den Holzlagerplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Donnerstag, dem 21. März, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ **Johannisstraße 30-32.** Tagesordnung: **Stellungnahme zu unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen.** Das Erscheinen sämtlicher auf den Plätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine zwingende Notwendigkeit. **Der Einberufer.** (1162)

Empfehle zur Konfirmation **Blühende Topfpflanzen und Gratulations-Karten.** (1168) **Schützenstr. 52b.**

**Hansa-Theater.** Heute abend 7 Uhr: (1164)

**Bis früh um Fünfe.**

**Stadttheater.** 1172

Dienstag, den 19. März 1918: **Carmen.**

Mittwoch, den 20. März 1918: **Die Fledermaus.**

Donnerstag, d. 21. März 1918: **Die lustigen Weiber von Windsor.**

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

## Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Lübeck, den 18. März 1918.

Die diesjährige Beratung des Lübschen Haushaltsplanes für 1918 war verhältnismäßig kurz und wies keinerlei aufregende Momente auf. So ereignete sich denn der seltene Fall, daß in einer einzigen Sitzung von nur normaler Dauer nicht nur das Budget, sondern noch eine ganze Reihe weiterer Senatsanträge verabschiedet werden konnten. In der Generaldebatte, an der sich bürgerliche Redner überhaupt nicht beteiligten, übte Genosse Stellung Kritik an mancherlei Erscheinungen und Zuständen, die als Folge des Krieges schwer auf den breiten Volksschichten lasten. Er ging auf die Ernährungsschwierigkeiten ein und forderte Vorbereitungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft. Genosse Löwig behandelte die Frage der lübschen Wahlreform, trat für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller ein, wandte sich gegen die Verschleppung der Sache und verlangte Berichterstattung über die Arbeiten der gemeinsamen Kommission. Die vom Senatshof erteilten Antworten waren nicht derartig, daß man daraus die Erfüllung der geduldeten Wünsche entnehmen konnte. Angenommen wurde ein vom Genossen Ehlers gestellter und begründeter Antrag, der die Einkommen von 600 bis 1000 Mark von der Einkommensteuer befreit sehen will. Manchen Bürgerschaftsmitgliedern schien dieser Beschluß sehr überraschend zu kommen.

Die Einzelberatung gab selbstverständlich, wie immer, Veranlassung zu verschiedenen Anregungen und Monitionen. Eine Erörterung über die Wohnungsnot und ihre Behebung, an der sich auch Genosse Stellung beteiligte, setzte beim Senatsantrag betr. Einbau von Kleinwohnungen in der alten Irrenanstalt ein. Sie zeigt, wie dringend notwendig das Eingreifen des Staates beim Wohnungsbau ist, das anscheinend wenig Freude bei manchen Haus- und Grundeigentümern erweckt. Der Senatsantrag betr. Verstärkung der Mittel für die Lübecker Straßenbahn hat Genossen Stellung Gelegenheit, an dem bei der Straßenbahnverwaltung herrschendem Straßensystem Kritik zu üben und Wünsche bezüglich Fahrpreisermäßigungen für Soldaten sowie Erhöhung der Einkommensgrenze für Arbeiterwohnenarten auszusprechen, was von Genossen Henze unterstützt wurde. Senator Straß wandte sich dagegen. Um 10 Uhr wurde dann die Verammlung der Bürgerschaft geschlossen, ohne daß sie den Antrag Stellung betr. Erhöhung der Familienunterstützung der zum Seeresdienste Eingezogenen erledigt hatte.

Nachdem die Sitzung vom Wortführer Dimpfer kurz vor halb 7 Uhr eröffnet war, teilte der ständige Senatskommissar Dr. Eschenburg mit, daß wiederum 30000 Stück lübsche Halbmarkscheine gedruckt werden sollen, deren Gültigkeitsdauer sich bis Ende 1919 erstrecken wird.

Debattelos genehmigt wurde der Senatsantrag, betr. Bewilligung einer Beihilfe von 15360 Mk. jährlich an die Jenische Freischule auf die Dauer von drei Jahren.

Beim Senatsantrag, der die Bereitstellung von Geldern zur Herstellung von Wohnsiedlungen fordert, bringt Genosse Henze Bedenken gegen die geplanten Gangstraßen vor, die er zu prüfen ersucht. Coleman tritt für die Vorlage ein, welche darauf mit großer Mehrheit angenommen wird. Der Senatsantrag betr. Schaffung einer Sekretärstelle bei der Stadtkasse wird ohne Debatte genehmigt. Dann folgt die Beratung der Senatsvorlage betr. den Einbau von Kleinwohnungen in der alten Irrenanstalt. Dr. Hartwig bespricht dabei die hier bestehende Wohnungsnot und betont, daß der Staat selbst zum Bau von Kleinwohnungen übergehen müsse. Inhaber großer Wohnungen hätten sich auf die Aufforderung, Zimmer für Wohnungslose bereit zu stellen, nicht gemeldet. Redner fragt dann nach den Gründen, welche den Bürgerausschuß veranlassen, den Senat zu ersuchen, einen Richter zum Vorsitzenden des Einigungsamtes zu ernennen. Letztere Frage wird von Dr. v. Broden dahin beantwortet, daß es sich in diesem Falle um die Ausübung einer richterlichen Tätigkeit und nicht um diejenige eines Verwaltungsbeamten handle. v. Schaack hielt es für undenkbar, daß der Staat selbst Wohnungen baue. Genosse Stellung erklärt dagegen es für die Pflicht des Staates, unter Umständen selbst den Bau solcher Wohnungen in die Hand zu nehmen. Schließlich tritt dieser Meinung entgegen. Genosse Ehlers erkundigte sich danach, ob dem Staat aus dem Umbau des Wilhelmtheaters für militärische Büroräume noch weitere Ausgaben nach Beendigung der Mietzeit entstehen würden. Senator Dr. Stooss verneint diese Frage. Dann erfolgte die Annahme der Senatsvorlage.

Der Senatsantrag auf Verstärkung der Mittel für die Lübecker Straßenbahn gab Veranlassung zu einer

längeren Aussprache. Von Kruse wurde in Rücksicht auf mancherlei vorgekommene Unfälle eine Umföhrung der Straßenbahn um den Markt befürwortet. Genosse Stellung kritisierte das bei der Straßenbahnverwaltung bestehende Straßensystem, von dem manche Angestellte schwer betroffen werden. Dabei hätten die Angestellten nicht das nötige Mitbestimmungsrecht über die Verwendung dieser Straßengelder. Ein Arbeiterausschuß, wie er vor dem Kriege bestand, ist nicht mehr vorhanden, obwohl er gesetzlich erforderlich ist. Redner regte dann an, den Soldaten Fahrkarten zum halben Preise zu verabsolgen und die Einkommensgrenze für die Verabsolgung von Arbeiterwohnenarten auf 2000 Mark jährlich heranzuföhren. Senator Straß entgegnete, daß die Verwundeten 1 Pfg. für die Fahrt auf der Straßenbahn bezahlen müßten, daß es aber nicht möglich sei, den Soldaten allgemeinen Freifahrt auf den Straßenbahnen zu gewöhren, schon deshalb, weil dann die Haftpflichtversicherung für Unfälle nicht eintragen wolle. Er gab dann zu, daß ein Arbeiterausschuß in der früheren Form bei der Straßenbahn nicht mehr bestehe, weil mehrere Mitglieder einberufen seien. Ueber das Straßensystem sagte der Senatskommissar nichts. Von Herrn v. Wape wurde wiederholt die Güterbeförderung auf der Straßenbahn befürwortet. Senator Straß wies darauf hin, daß dem gegenwärtig unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Henze trat für die Erweiterung des Kreises der Arbeiterwohnenartenbesitzer ein. Thiele unterstützt Stellungen Forderung auf Ermäßigung des Straßenbahnfahrpreises für Soldaten. Dann wurde der Senatsantrag genehmigt.

Mitgenehmigung ohne Diskussion fanden noch folgende Vorlagen des Senates: Gelandeaustausch für den Vorkwerker Industriehafen. Verstärkung der Mittel der Baubehörde. Verstärkung der Mittel für den Schlachthof und die Quarantänestation. Erhöhung der Vergütung für die Sprigendampfer der Handelskammer. Budget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten.

Dann erfolgte die Beratung und Verabschiedung des Haushaltsplanes der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1918, der nach dem Entwurf des Senates in Einnahme und Ausgabe mit 26 694 212,67 Mk. abschloß und einen aus der Ausgabeüberschüsse zu entnehmenden Fehlbetrag von 219 227,53 Mk. aufwies. Der Bürgerausschuß hat eine Anzahl Positionen des Haushaltsplanes verändert, so daß sich der Fehlbetrag auf 267 613,53 Mk. ermäßigt. Bemerkte er noch, daß als Abtrag auf die aus Anlaß des Krieges entstandene schwebende Schuld die Summe von 1 Million eingestellt worden ist.

In der Generaldebatte nahm das Wort Stellung: Der Haushaltsplan zeigt uns ein verhältnismäßig gutes Bild; es ist erfreulich, daß eine Million Mark von den aus Anlaß des Krieges gemachten Schulden getilgt werden soll. Es stehen uns aber doch noch eine ganze Reihe Ausgaben bevor, mit denen wir im Laufe der nächsten Jahre rechnen müssen. Der Staat wird zu manchen Ausgaben mehr als bisher herangezogen werden; er wird sie leisten müssen von dem Gesichtspunkte aus, daß der Staat sich leisten läßt von einem großen Gefühl der Gemeinamkeit. Eine der wichtigsten Aufgaben, die uns bevorstehen, ist die der Verbergungswirtschaft. Hier muß der drohenden Arbeitslosigkeit der aus dem Felde Heimkehrenden und der Frauen, die erwerbstätig bleiben müssen, geteuert werden durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, event. muß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in Erwägung gezogen werden. Zur Wohnungsfrage stellte Redner eine Reihe Forderungen zur Lösung resp. Milderung der herrschenden Wohnungsnot auf: die u. a. zwangswelke Maßnahmen zum Neubau von Häusern mit großen Wohnungen in kleinerer und Beschlagnahme ungenutzter ausgesetzter Wohnungen für die gemeinnützige Wohnungsfürsorge vorsehen. Ferner enthalten sie die Verhinderung des Baues von Luxuswohnungen und Villen bis zu der Zeit, wo der Bedarf an Klein- und Mittelwohnungen gedeckt ist. In einem Fall aus Rüdich, wo zwei Familien ein Haus räumen mußten, um einem Ingenieur der Ueberlandstraße, der unbedingt 8 Zimmer haben muß, Platz zu machen, bemerkt Redner die Notwendigkeit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Weiter verlangt Redner schleunige Maßnahmen zur Beschaffung von Hausrat, hierbei den Macher mit Almöbeln scharf kritisierend. Redner stellte hier eine Reihe Forderungen auf, deren Verwirklichung dem Wohlwächter steuern. In längeren Ausführungen forderte Redner ferner Maßnahmen zum Aufstiege der Begebenen, den man nicht nur im Munde führen, sondern endlich in die Tat umsetzen muß. In anderen Städten ist man auf diesem Wege bereits weiter als in Lübeck. Der beste Weg zur Erreichung dieses Zieles ist die Einführung der Einheitschule. Mit dem System des Einjährigen-Freiwilligen-Privilegs muß aufgeräumt werden, was selbst der preussische Kultusminister zugegeben habe. Scharf verurteilte Redner die immer noch be-

triebene Politik der Anreizpreise auf dem Gebiete des Ernährungswesens. Auch in Lübeck hat man diesen Weg beschritten, indem man 20 000 Mk. für Kartoffel-Anbauprämien ausgezahlt hat. Hier stellt man unwillkürlich Vergleiche zwischen Bauern, die angeblich nie krackeln, und Arbeitern. Redner verlangt, daß die Süßentfrüchte nicht mehr konserviert, sondern in getrocknetem Zustande der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Redner begründet die Notwendigkeit der Schließung der Wälder. Der Schleichhandelt gewaltige Dimensionen angenommen; die beste Bekämpfung ist Anbauumfang und rechtzeitige Beschlagnahme der Ernte. Ebenso zweifelhaft ist der auch in Lübeck zu großem Umfang ausgeübte Lauchhandel, der etwas bringt, bekommt auch Ware. Die anderen haben das Nachsehen. Ferner kritisiert Redner den Mangel an Kleibern und Schuhwerk und die schlechte Beschaffenheit der Reichs Kleidung und Einheitskleider, die außerordentlich teuer seien im Verhältnis zu ihrer Qualität. Bittere Klage wird von der Bevölkerung auch über den Mangel an Garn geführt; in anderen Städten ist es bereits verteilt. Warum nicht auch in Lübeck? Zur Kohlenversorgung wünscht Redner, daß im Gegensatz zum Vorjahre doch einige Maßnahmen getroffen werden, damit nicht der eine Teil der Bevölkerung sich ausreichend mit Kohlen einkaufen kann, während für den anderen großen Teil der Bevölkerung wohl Kohlenlatten eingeföhrt werden, auf die man nicht immer einmal Kohlen bekommen konnte. Redner schließt seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß die gegebenen Anregungen auf gutem Boden gefallen sind im Interesse Lübecks. (Bravo! h. d. So.)

Senator H. Eschenburg: Eine Vorlage über die Wohnungsfürsorge ist in Vorbereitung und wird der Bürgerschaft zugehen. Die Beschaffung von Hausrat sei Sache primärer Initiative, der man, wenn erforderlich, staatliche Unterstützung zuteil werden lassen könne.

Löwig weist darauf hin, daß die verpöbete Lübecker Wahlrechtsreform seit 10 Monate eine gemeinsame Kommission beschäftigt, ohne daß die Öffentlichkeit etwas über deren Arbeiten erfahren habe. Es ist aber dringend notwendig, daß die Bevölkerung erfährt, wie weit denn die Angelegenheit bisher gediehen ist. Man begreift nicht, daß es so schwer sein kann, die Form für ein Wahlrecht zu finden, das mit den bestehenden Vorrechten und Entzuehungen ausräumt und an deren Stelle die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller setzt. Oder will man nur ein bestehendes Unrecht durch ein anderes ersetzen, das nur äußerlich weniger trüb die Merkmale unseres Klassenwahlrechts trägt. Dagegen werden sich die breiten Massen unserer Bevölkerung mit aller Entschiedenheit wenden. Wie verlaunt, ist Stimmung für die Kombination des allgemeinen Wahlrechts mit einem berufsständischen Wahlrecht vorhanden, eine Kombination, gegen die sich in Preußen sogar der Minister Friedberg gewandt hat und die wir mit aller Entschiedenheit verwerfen. Wir verlangen, daß fortlaufend über die Verhandlungen der Wahlrechts-Kommission berichtet wird, damit die Bevölkerung nicht plötzlich vor einer fertigen Tatsache steht, sondern rechtzeitig ihre Meinung zum Ausdruck bringen kann. Die Verschleppung der Wahlreform gibt Raum für die Annahme, daß man vor allein Zeit gewinnen will, um schließlich nach Beendigung des Krieges nur eine Scheitelform zustande zu bringen. Wir werden daraus selbstverständlich entsprechende Schlussfolgerungen ziehen. Anerkannt soll werden, daß im letzten Jahre mehr Vertreter der Arbeiter in verschiedenen Behörden gewählt worden sind. Es hat die organisierten Arbeiter jedoch erlähert, daß ihre Vorschläge für die Vertretung im Jugendamt fast unberücksichtigt geblieben sind. (Zustimmung bei den Sozialdem.)

Senator Dr. Eschenburg: Eine Verschleppung der Wahlrechtsreform ist nicht erfolgt. Eine laufende Berichterstattung über die Arbeiten einer gemeinsamen Kommission sei bisher niemals erfolgt und sei auch in diesem Falle nicht angängig. Die Kommission habe gründlich gearbeitet. Damit war die Generaldebatte beendet.

In der Einzelberatung werden eine ganze Reihe von Wünschen und kritischen Ausführungen bei den entsprechenden Positionen vorgebracht. v. Wape wandte sich gegen die Beschränkung der Ausfuhr aus den verschiedenen Bundesstaaten. Glaja u hält die Verpachtung der Stadthalle für erwünscht im finanziellen Interesse des Staates, der jetzt große Zuschüsse zahlen müsse. Die Schließung der Stadthalle im verfloßenen Winter sei garnicht zu verantworten. Senator Eschenburg entgegnete, daß es an Heizmaterial gefehlt habe, weshalb die Schließung erfolgt sei.

Beim Artikel Steuern und Abgaben stellte Genosse Ehlers den Antrag, die Einkommen von 600 bis 1000 Mark steuerfrei zu lassen. Er wies zur Begründung besonders auf den geringeren Wert des Geldes hin und daß hauptsächlich nur Verlaufsrenten und Dienstboten über ein derartig geringes Einkommen verfügten. Weiter beantragte er, von Einkommen bis

## Handel und Wandel.

Von F. W. Hadländer.

51. Fortsetzung.

33. Ruhe sanft!

Unten im Hause herrschte die grenzenlose Verwirrung; die Prinzipalin, schon entsetzt durch den Gedanken, der Gemahl habe einen Dieb mit seinem Messer niedergestreckt, rang die Hände, als sie entdeckte, daß dieser vermeintliche Dieb niemand anders als der Buchhalter Herr Specht sei. Die sonst so ruhige Frau war außer sich, und viele Tränen rollten unter ihren grauen Wimpern hervor. Der Verwundete lag in dem Zimmer an der Tür, in demselben, wo ich durch den Professor vorgeführt worden war. Den Hausknecht, der gerade zum Doktor hüngen wollte, hielt ich noch zur rechten Zeit auf, indem ich ihm bedeutete, eben der Herr, der den Buchhalter heringeföhrt, sei ein Arzt. Madame Stieglitz war durch dieses sonderbare glückliche Zusammentreffen beruhigt, denn sie war überzeugt, daß es noch mehr Aufsehen geben hätte, wenn man den Kreisphysikus, den alten Hausarzt, mitten in der Nacht hätte wecken müssen. Auch bemüht sich der Doktor Burbus mit solcher Anstalt und Ruhe, daß er das Vertrauen der Madame Stieglitz gewann; glücklicherweise hatte er auch kein Verbandszeug in der Tasche, und nachdem die laut schluchzende, untröstliche Wadenjünger und der Hausknecht entfernt waren, begab er sich ans Geschäft; auch mich wollte die Prinzipalin wegschicken, doch meinte Burbus, der junge Mensch könnte ihm das Wasserbeden halten, und so durfte ich dableiben.

Die Verwundung des Herrn Specht war nicht gefährlich. Das Messer, von sicherer Hand, aber in Dunkelheit geworden, hatte kein Ziel um wenige Zoll verfehlt und die linke Seite etwas stark zerföhnt. Es war mehr der Säreden, verbunden mit der Aufregung, in der sich der Buchhalter ohnehin befand, die ihn niederwarfen. Bald war der Verband kunstgerecht angelegt, der Kranke bekam ein niederschlagendes Pulver und somit wäre alles in Ordnung gewesen.

Doktor Burbus erzählte der Prinzipalin, wie er zufällig an der Tür des Gasthofes gewesen, als die Szene in der Straße vorfiel. „Madame“, sagte er hinzu, „ich brauche Ihnen nicht die Versicherung zu geben, daß ich eine Hauptpflicht des Arztes, Verschwiegenheit, genau kenne und befolge. Die Sache ist ein Unglück, ein Versehen und man braucht darüber vor der Welt keine Geschichte zu machen, und wenn Sie“, sagte er leise und deutete auf mich, „mit jenen jungen Menschen vollkommenes Vertrauen setzen, so schämen Sie ihn auf die Straße und lassen ihn jenes unglückselige Messer holen.“

„Ganz recht“, entgegnete Madame Stieglitz, gab mir den Auftrag und ich sprang auf die finstere Gasse. Emsig mit Augen und Händen suchend, hatte ich bald das Instrument entdeckt; es war das gewöhnliche Taschenmesser des Prinzipals, das er abends, wenn er ausgehen pflegte, einsteckte. Es hatte eine ungefahr vier Zoll lange Klinge, und ich schauderte, als ich es in die Hand nahm, mir schien das Eisen feucht, weshalb ich es an meinem Taschentuch abwühlte und alsdann sorgfältig zusammenlegte. Mir kamen die Vorfälle des heutigen Abends wie ein wirrer gepöppeliger Traum vor: jene Utians, auf der mir der Buchhalter und der Kandidat droht, mich ins Wasser zu werfen, dann die Worte des Prinzipals, der uns nicht kannte, und der, um mich vor meinen Verfolgern zu retten, meinem Angreifer das Messer in die Rippen zu schleudern versprach, was nun später, wenn auch durch ganz andere Veranlassung, wirklich geschah.

Ich eilte ins Haus zurück, händigte der Prinzipalin das Messer ein, ohne daß es der Buchhalter bemerkte, der gerade im Begriff war, über sein spätes Nachhausekommen eine artige, aber recht fromme Lage vorzubringen, die auch der Doktor mit dem gläubigsten Geseht der Welt anhörte. „Ich nehme“, sagte der Herr Specht, „diese letzte Verwundung aus der Hand meines verehrten Prinzipals als eine Züchtigung Gottes für begangene Sünden; ach, es ist ja kein Mensch fehlerfrei und mein größter Schmerz ist, daß ich Ihnen, geköbete Frau Prinzipalin, eine unruhige Stunde bereitet, sowie jenem fremden guten Arzte und meinem kleinen Freunde da.“ Er sah mich mit einem forschenden Blicke an und war sichtlich beruhigt, als ich ihm erwiderte: „Was mich anbelangt, verehrter Herr Buchhalter, so versichere ich Sie, daß es mir ein aufrichtiges Vergnügen macht, Ihnen einen kleinen unbedeutenden Dienst leisten zu können. Ich bin überzeugt, daß Ihre Wunde in wenig Tagen geheilt ist, und dann“, setzte ich mit Betonung hinzu, „denk gewiß kein Mensch mehr an die Vorfälle dieser Nacht.“

„Amen“, sagte der Buchhalter geröhrt, Burbus lächelte ein klein wenig und Madame Stieglitz nickte mir freundlich zu. Von Burbus und mir unterstützt erhob sich der Herr Specht, um zu Bett zu gehen. Madame Stieglitz, vollkommen zufriedener, daß die Sache nicht schlimmer abgelaufen sei, rühte ihre Haare zurück und ermahnte mich, mit einem irigen Gebet dem Höchsten zu danken, daß er vom Haus ein solches Unglück abgemindert, und bat den Doktor Burbus, doch morgen nach seinem Kranken zu sehen — da öffnete sich langsam die Tür und herein trat der Prinzipal, angehen mit einem braunen, sonderbar aussehenden Schlafrock, die rote Mütze auf dem Kopf. In einer Hand trug er ein Licht, in der anderen einen türkischen Säbel. Ich, der zunächst der Tür war, juhr bei diesem Anblick zurück, und der Doktor, der die seltsame Gestalt erkannt hatte, ließ den Buchhalter auf

einen Stuhl niederstehen. Madame Stieglitz sagte die Ursache, denn die arme Frau schien zu ahnen, was sich nun begeben würde.

Man mußte den Prinzipal genau kennen, um in diesem langgezogenen leichenblauen Gesicht keine Züge wiederzufinden; fast bliäbe er uns an und seine Augen glänzten von einem unheimlichen Feuer.

„Es ist mein Mann, der Herr Stieglitz“, sagte die erschütterte Frau mit kaum vernehmbarer Stimme zu dem Doktor, der freitragend ansah.

„Ja, Madame“, sprach der Prinzipal mit einer Stimme, deren Ton mir durchs Herz drang, „es ist vielmehr Ihr Herr, dessen starke Hand die Räuber und Mörder von dem Eingange Ihres Gemaches abwehrte, sie dantesprechend mit mächtiger Hand. Mir aber sagte die Stimme in meinem Innern, daß man den Verbrecher hincingezogen in meine geföhnten Wände, und wenn ich mich gerne Barmherzigkeit über ein Jedermann, so kann ich doch nicht mehr zugeben, daß der Missetäter, den mein Schmerz niederwarf, mit seinem Blut meine reine Schwelle besudelt. — Wo ist der Tote?“

Nach dieser Anrede sagte sich der Doktor zuerst und entgegnete: „Verehrter Herr, Sie sind im Irrtum, Sie warfen Ihr Messer und glaubten einen Räuber zu treffen und verletzten Ihren eigenen Buchhalter, der im Begriff war, nach Hause zurückzukehren.“

„Wo ist der Tote?“ fragte aufs neue der Prinzipal und schaute sich im Kreise ringsum.

Der Buchhalter erhob sich mühsam von seinem Stuhle, und sein Gesicht war fast so bleich, wie das seines Chefs. „Ich bin nicht tot“, sagte er weinerlich, „nur eine leichte Verwundung, Herr Prinzipal.“

„Nicht tot?“ entgegnete dieser sähredlich lachend, „ei, Spechtlein, Spechtlein, meine Hand ist alt geworden, oder du hast ein gar jähres Leben; schade darum! Doch jetzt fliehe mein Haus, Räuber!“

„Um Gottes willen!“ sagte Madame Stieglitz und sagte die Hand ihres Mannes, in der er langsam und feierlich seinen Säbel erhob, „was soll das alles bedeuten? — Es ist ja Herr Specht, unser getreuer und guter Buchhalter, den du in unverantwortlicher Wut verurteilst.“

Der Prinzipal schüttelte lächelnd den Kopf. „Unser geköbeter Buchhalter?“ sagte er. „Sah, sah, meine Hand wurde niemals nach einem Getreuen und Gerechten; mein Messer ist ein verhängendes und föhrendes Messer, und wo es nach einer menschlichen Brust warf — und das kam schon mehrmals vor, meine Liebe — da war diese menschliche Brust falsch und treulos wie diese.“

Fortsetzung folgt.

8500 Mark (nach dem Senat Antrag 3000 Mk.) nur 6% Einheiten zu erheben. Wenn man dem Senat folge, so müßte mancher kleiner Beamte und Arbeiter fast die Hälfte der ihm gemachten Löhnerzulagen dem Staat als Steuer zahlen, und das könnte doch nicht die Absicht sein. Der erste Antrag von Schiers wurde angenommen; der zweite abgelehnt.

Schier wünscht die Erneuerung von Säulen in den Straßen, die der Bürgerausschuß abgelehnt hatte, weil er befürchtete, daß die neuen Säulen gestohlen würden wie die alten. Schier regte die Errichtung einer Bedürfnisanstalt beim Ehrenfriedhof an. Seine Frau trat dafür ein; daß der Staat die Aufsicht über das lässliche Eßamt selbst übernehmen solle. Dr. Hartwig wendet sich gegen die Verberung des Hofes im Hochschloß, für die kein sachlicher Grund vorliegt. Er hat auch beklagt die von der Lübeck-Büchener Bahn geplante Beobachtung des Winterfahrplanes Lübeck-Trademünde für die nächsten Sommermonate. Mindestens müsse der vorjährige Sommerfahrplan wieder durchgeführt werden. Senator Dr. Schenck will dafür eintreten. Beim Unterrichtswesen verlangt Stelling, daß die Lehrer resp. Lehrerinnen auch bezüglich des in den Schulen verwendeten Materials auf die Kriegsverhältnisse Rücksicht nehmen, was nicht immer geschieht. Die Schulbücher seien teuer und man solle das bei der Aufgabe von Schreibearbeiten beachten. Einige Lehrerinnen verlangten auch von ihren Schülern, daß sie für den Handarbeitsunterricht Zeichnen zum Heidentum mitbringen sollten, aber gleiche Rücksicht zu dem mitgebrachten Stoff. Heute sei detariertes Material gar nicht mehr zu erhalten.

Um 10 Uhr gelangte der Haushaltsplan mit den beschlossenen Änderungen mit den Stimmen aller bürgerlichen Vertreter zur Annahme.

### Der Militäretat pro 1918.

Zu den umfangreichsten Etats, die den Reichstag in Friedenszeiten beschäftigt haben, gehörte der Militäretat. Seit Ausbruch des Krieges ist der Militäretat ein dünnes Heiß geworden, aus dem man keinen Ausschluß über die enormen Heeresausgaben gewinnen kann. Selbst das Gehalt des Kriegsministers wird in dem Etat nicht angeführt; denn alle Ausgaben, die mit dem Krieg zusammenhängen, werden aus Mitteln des Kriegsfonds bestritten. Die Kriegsausgaben werden in einem besonderen Etat verrechnet, dem Kriegsjahres-Etat, der dem Reichstag nicht zur Genehmigung, sondern nach Beendigung des Krieges nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Das Budgetrecht des Reichstages ist damit völlig ausgeschaltet und der Verdict fällt nicht von der Hand gewiesen werden, daß die Heeresverwaltung in dem Kriegsjahres-Etat auch Ausgaben untergebracht hat, die eigentlich im ordentlichen Etat hätten angefordert werden müssen. Der Krieg hat der Militärverwaltung in einem Maße Freiheit in den Ausgaben gegeben, daß lebhafteste Befürchtungen nicht gegenstandslos sind. Bei den Beratungen im Reichstag wird darüber noch zu reden sein.

Daß der Militäretat auch Einnahmen aufweist, ist erfreulich, nur fallen sie nicht ins Gewicht. So hat Preußen eine Einnahme von 500 000 Mk. aus der Vermietung von Gebäuden erzielt. Diese Einnahme muß aber mit verschiedenen Bundesstaaten geteilt werden. Es erhalten davon Baden 150 Mk., Hessen 95,06 Mk., Meiningen 24,50 Mk., Koblenz 40 Mk., Unselt 351,40 Mk. und Kasselstadt 69,60 Mk. Die Kosten entstanden sind, um diese Anteile auf Heller und Pfennig zu berechnen, das soll hier nicht weiter unterzucht werden. Offiziell übersteigen diese Kosten die Hauptsumme nicht allzu erheblich. Die größte Einnahme aber erzielt die Militärverwaltung aus dem Verkauf von ausgemusterten und toten Pferden, nämlich 1 528 748 Mk., ferner aus dem Verkauf von Materialien, Gegenständen usw. 2 005 000 Mk.

Bei den dauernden Ausgaben handelt es sich insbesondere um die Vermehrung des Personals im Kriegsministerium. Es werden außer einigen Offizieren neu angefordert 55 Sekretäre und 18 Registratoren. Die Vermehrung dieser Stellen hat sich notwendig gemacht infolge der gewaltig gestiegenen Geschäfte in der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums. Für die räumliche Erweiterung des Kriegsministeriums werden 514 800 Mark angefordert, dann Summen für Kasernen in Breslau, Trier, Schleswig, Hannover und Orléans; für Erweiterung der Wilhelmshelmskaserne in Wiesbaden usw. Der jährliche Etat sieht Kasernen vor für Dresden und Chemnitz mit je einer Offizierskaserne. Ferner soll in Dresden ein neues Kriegsministerium erbaut werden mit einem Kostenaufwande von 3 975 000 Mk. Aus dem Verkauf der jetzigen Dienstgebäude hofft man auf einen Erlös von 733 000 Mk., jedoch das Reich 3 237 000 Mark aufwenden muß. Außerdem werden für Sachfen gefordert Mittel für Vollenbung der Erweiterung des Garnison-Friedhofes in Dresden; ferner Neubau der Unteroffizierskaserne in Frankfurt. Der würtembergische Etat enthält in der Hauptsumme nur die Anforderung der Mittel für Kasernenbauten in Ulm und in Cannstadt, sowie für das Lazarett in Ulm, für die Militärturnanstalt in Wübbad und für eine Unteroffizierskaserne in Ellwangen.

Dieser ganze Etat könnte in einer Stunde erledigt sein. Der Reichstag hat es aber durchgesetzt, daß bei diesem Etat die ganzen militärischen Fragen zur Behandlung kommen und deshalb wird weniger über diesen ganz belanglosen Etat, als vielmehr über die Klagen und Wünsche der Heeresleute gesprochen werden.

### Vor 70 Jahren.

Der Sieg der französischen Revolution am 24. Februar 1848 zog seine Wellenlinie auch in Deutschland. Eine jähbare Erregung bemächtigte sich des ganzen Volkes. Was in Paris möglich gewesen war, sollte in den deutschen Staaten nicht unmöglich sein. Fast in allen Hauptstädten der deutschen Staaten kam es zu Aufständen. In Berlin wurden bereits in der zweiten Märzwoche zahlreiche Volksversammlungen abgehalten, an denen sich namentlich das große Heer der Arbeitslosen zahlreich beteiligte. Auch fing man an, den Bau von Barricaden vorzubereiten. Durch alle diese Vorworte sah sich Friedrich Wilhelm IV. veranlaßt, den Landtag auf den 27. April einzuberufen. Dabei wurde in Aussicht gestellt, daß dieser Landtag berufen sei, die konstitutionellen Freiheiten auszubauen. Aber diese Hoffnungen dauerten dem Volke so lange und so mußte sich der König wohl oder übel entschließen durch eine Verordnung vom Donnerstag des 18. März, die Eröffnung des Landtages bereits auf den 2. April festzusetzen. Deutsche Fragen sollten hauptsächlich behandelt werden, die Umwandlung Deutschlands in einen Bundesstaat, die deutsche Regierungsform, Pressefreiheit, gleiches Maß und Gewicht und dergleichen Dinge mehr.

Sonderbar aber diese so lange und heiß begehrten Zugeständnisse zog das Volk in hellen Haufen vor das königliche Schloß, um dem König eine Dankesdarlegung darzubringen. Man fand aber das Schloß militärisch besetzt. Das reiste einer großen Teil des Volkes und während die anderen mit lauter Stimme die Entzerrung des Schloßes forderten, die Schloßwache wollte das Militär den Schloßplatz besetzen. Es fand aber Widerstand bei dem Volke und es wurde mit einemmal die beiden bekannten Schüsse. Was abgefeuert hat, wer den Befehl dazu gab, ist nicht bekannt. Aber was bemächtigte sich eine

jähbare Aufregung des ganzen Volkes. Es erscholl der Ruf: „Wir sind verraten! Zu den Waffen!“ Barricaden wuchsen wie Pilze aus der Erde. Um drei Uhr nachmittags begann der Kampf. Zwar waren die Truppen den Barricadentämpfern überlegen, aber wo eine Barricade erstürmt war, entstanden sofort mehrere neue. Das aufgeregte Volk wurde nicht müde, den ungleichen Kampf immer wieder von neuem aufzunehmen. So wogten die Straßenfluchten auf und nieder bis zum frühen Morgen des anderen Tages. Schließlich aber wurden die Truppen eher ermüdet, als das sich selbst immer wieder sammelnde und ergänzende Volk. So gab denn endlich am 19. März, morgens 2 Uhr der König den Befehl, die Truppen zurückzuziehen. Gleichzeitig erließ er den bekannten Aufruf: „An meine lieben Berliner!“

Die demokratische Bewegung hatte damit einen Riesenerfolg erzielt. Von den Gefallenen wurden mehrere auf offenen Bahnen in den Schloßhof getragen und der König mußte dazu auf dem Balkon erscheinen. Nachmittags um 2 Uhr wurde verkündigt, daß das alte Ministerium entlassen und ein neues, liberales an seine Stelle getreten sei. Am 20. März wurde ein allgemeine Amnestie erlassen und am 22. März wurden die Opfer der Kämpfe vom 18. März nach dem Friedrichshain zur letzten Ruhe geleitet. Den schier endlosen, mehr denn 180 Sätze umfassenden Leichenzug mußte sich der König vom Balkon aus mit ansehen. Die große Majorität der Gefallenen waren Handwerksgehilfen, Arbeiter, Handlungsgehilfen, Lehrlinge usw. Von 33 konnten die Personalien nicht festgestellt werden. Sie gehörten also wohl der untersten Schicht der Bevölkerung an. Das arbeitende Volk hat es sich nicht nehmen lassen, das Andenken dieser für die Freiheit Gefallenen zu ehren. Alljährlich werden die wohlgehaltenen Gräber der Märzgefallenen mit Blumen und Kränzen geschmückt. Maxenbrocher schreibt in seiner „Hohenzollern-Legende“:

„Darum hat die Arbeiterklasse ein geschichtliches Recht, diesen 18. März als ihre Jugendweihe, als ihr Frühlingsfest zu begehen, um so mehr, je mehr die Bourgeoisie verlernt, die Kämpfer des 18. März als ihr eigenes Geschlecht zu begreifen. Hat sie doch auch sofort sich bemüht, der Arbeiterklasse die Früchte des Sieges wieder zu entreißen.“ Die Arbeiterklasse war damals noch nicht organisiert und so mußte sie die Wahrung der schwer errungenen Rechte dem Bürgertum überlassen. Aber dies erwies sich als ein schlechter Hüter. Zwar verkündigten der König und das neue Ministerium in einem Aufruf: „An mein Volk und an die Deutsche Nation!“ „Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Ständeversammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands beraten, eines einigen, nicht einfürmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit. Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassungen mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volkstümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen imstande sein.“

Aber was wurde von diesen schönen Versprechungen in die Tat umgesetzt? In Preußen wurde das herabstufte Dreiklassenwahlrecht ungeachtet von oben herunter eingeführt, ein Wahlrecht, unter dessen Last wir noch heute leiden. Trotzdem hätte das Bürgertum auch mit diesem Wahlrecht die Errungenschaften des 18. März hüten, beschützen und erweitern können. Aber es verlor. Schon 1849 duldete es, indem es sich von den Wahlen enthielt, daß der Landtag ein agrarisch-reaktionäres Gepräge und den Spottnamen „Landratskammer“ erhielt. Immer mehr wurden die unter Blutopfern errungenen Freiheiten eingeschränkt und beseitigt. Schon im September 1848 konnte man es waagen in Köln alle politischen und sozialen Zwecken dienenden Vereine aufzuheben und die unter der Leitung von Karl Marx stehende „Neue rheinische Zeitung“ und andere Arbeiterblätter zu verbieten, sowie andere scharf einschneidende Maßnahmen anzuordnen. Um die 1848 versprochene „wahrhaft volkstümliche, freisinnige Verwaltung“ muß heute nach 70 Jahren noch gekämpft werden.

Ob es jetzt endlich gelingen wird, das Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht zu ersetzen, ist trotz der kaiserlichen Botshafter immer noch nicht sicher. Aber der 18. März möge das artionäre Volk daran erinnern und mahnen, daß es nicht nur die Pflicht hat, das Vaterland mit Gut und Blut gegen äußere Feinde zu verteidigen, sondern daß ihm auch die Pflicht obliegt, für sich und seine Nachkommen die schon viel zu lange verlorenen Rechte zu erringen und zwar mit allen zu Gebote stehenden Kräften. Das vornehmste dieser Rechte aber ist ein zeitgemäßes Wahlrecht in den Bundesstaaten, dessen Verwirklichung weder verhindert, noch verschleppt werden darf.

### Vollstische Rundschau.

#### Deutschland.

#### Schule und Vaterlandspartei.

Die „Leipziger Lehrerzeitung“ teilt folgenden Fall mit, um zu zeigen, wie amtliche Stellen für die Vaterlandspartei arbeiten:

Im Lehrzimmer einer sächsischen Schule ließ der Schuldirektor eine Reihe Flugblätter der Vaterlandspartei auslegen, deren Studium er dem Kollegium in einem amtlichen Rundschreiben am 14. Februar aus wärmste empfahl. Darin stand unter anderem: „Ich bitte, den Inhalt dieser Schriften ja recht genau zu studieren und die Schüler der Fortbildungsschule und der oberen Volksschulen damit eingehend vertraut zu machen und in geeigneter Weise auch auf das Elternhaus einzuwirken. Eine Reihe instruierter Plakate (von der Vaterlandspartei herausgegeben) liegt in meinem Zimmer aus. Sie sollen von Klasse zu Klasse wandern. Ich möchte noch ausdrücklich darauf hinweisen, sich ja nicht an die herausgebende Stelle „Vaterlandspartei“ zu wenden! Wir wollen nicht Propaganda machen, abgesehen jeder gute Deutsche dieser Vereinigung angehören möchte.“ (!) Uns ist es um die Sache zu tun, und diese, bitte ich, den Schülern recht eindringlich und mit dem nötigen Feuer ans Herz zu legen.“

Dieser Herr Direktor scheint sonderbare Ansichten über die Aufgaben der Schule zu haben. Und diesem Treiben wird von oben noch Vorstoß geleistet.

### Ernährungsfragen.

#### Vaterlandsfreunde?

Der hannoversche „Vollwille“ berichtet aus Götting: Bei einer beschränkten Nachschau wurden bei dem Landwirt Ernst Reimold hier selbst in einer Scheune versteckt circa 150 Zentner Getreide (Hafer, Roggen und Weizen) gefunden und beschlagnahmt. Es ist eine Schande unserer Zeit; in einer Zeit, wo die große Masse darben muß, werden so notwendige Lebensmittel zurückgehalten, um dieselben dann zu Wucherpreisen auf Schlechtwegen abzusetzen.

### Aus der Partei.

#### Vor einer wichtigen Entscheidung.

Am morgigen Mittwoch wird der Reichstag sich mit einem neuen Kreditvorlage zu beschäftigen haben. Ferner wird auch in diesen Tagen die Abstimmung über den Friedensvertrag mit Rußland erfolgen. In einem Teil der Parteipresse hat man sich nun bereits mit der Frage beschäftigt, welche Haltung unsere Fraktion einnehmen wird. Der Gewaltschied mit Rußland hat in einem Teil unserer Parteigänger eine protestantische Stimmung erzeugt, die von der Reichstagsfraktion verlangt, daß sie den russischen Friedensvertrag und die Kriegscredite ablehnt. So tritt z. B. Genosse Paul Kampffmeyer in der „N. B.“ entgegen der Auffassung des Genossen Stämpfer dafür ein, daß die Fraktion dem deutsch-russischen Friedensvertrag die Zustimmung verweigern müsse. Noch stärkere Töne schlägt Gen. Hermann Wendel in der „Frankf. Volksst.“ an. Er schreibt über die Politik der sozialdemokratischen Partei das folgende: „In kleinen, in nebensächlichen, in untergeordneten Fragen ist manches erreicht worden, was früher vergeblich angestrebt wurde. Aber sollen wir um dieser Kleinigkeiten willen Kriegskredite bewilligen, damit deutsche Regimenter in Finnland — glorreiche Aufgabe! — die Revolution niederschlagen können? Sollen wir um ein solches Unsegen unsere Ehre, unsere Seele und unsere Zukunft verschandeln? Sollen wir — doch pathetisch zu sein, hat keinen Zweck. Vielleicht ist es in einem politischen unglücklich entwickelten Lande eine diese Tragik jeder oppositionellen Partei, daß sie sich nach den ewigen und unumwandelbaren Sternen zu ihren Haupten richtet und dann in absehbarer Zeit auf irdische Erfolge verzichten muß, oder aber, daß sie ihre Ziele und Prinzipien sein lächerlich in den Glaschrank stellt und zwar klein, aber sichtbare, zwar bescheidene, aber augenblickliche Erfolge einheimst. Vielleicht ist ein drittes auf lange hinaus undenkbar. Und vielleicht ist die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse mit einer fortschrittlichen Reformpartei zufrieden, die für die unmittelbaren Butterbrotpartien der breiten Massen redlich und eifrig sorgt, und alles darüber hinaus lediglich als dekorativen Schmuck einer nach von der Hand in den Mund und Lebenden Augenblicksfrist ansieht. Vielleicht wünscht die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse die Umwandlung der sozialdemokratischen Partei in eine Art Labour Party. Wenn dem so ist — es läßt sich heute schwer feststellen —, hat die Partei gut daran, sich, Grundsätze hin, Grundsätze her, vor allem nicht „ausgestalten“ zu lassen. Wenn sie aber Wert darauf legt, die alte Sozialdemokratie zu bleiben, geht es so nicht mehr länger. Diese Kriegspolitik kann die Partei nicht mehr mitmachen. Die Friedensverträge kann sie nicht zugestimmen. Neue Kriegskredite darf sie nicht bewilligen.“ Der „Vorwärts“ rät demgegenüber, kaltes Blut zu bewahren, und sagt dazu: „Die Stimmung, der dieser temperamentvolle Vorstoß entspringt, wird in den werthelosen Kreisen der Partei geteilt. Ob aber die Ablehnung des Friedensvertrages und der Kriegscredite durch die sozialdemokratische Fraktion nicht aufsteigend auf den Extremismus wirken würde, ist eine Frage, mit der sich die Fraktion selbst in sachlicher Beratung auseinandersetzen muß. Die Ablehnung würde für die Partei zweifellos eine augenblickliche leibliche Entlastung bedeuten, die Wirkungen aber, die sie darüber hinaus haben kann, verdienen sorgfältig geprüft zu werden.“

Die Stelefelder „Vollwille“ kommt zu dem Schluß: „Für eine Politik mit diesen Folgen kann die Sozialdemokratie keine Verantwortung übernehmen.“ Diesem sehr treffenden Satz fügt sie noch folgende nicht minder beachtenswerte Erklärung hinzu:

„Ebenso wenig freilich kann sie die Absicht haben, dem Exorzieren der Feinde Vorparandienste zu leisten. Das eigentliche Unterhaus hat soeben der Regierung Lloyd Georges einstimmig die geforderten Kriegskredite bewilligt. Einstimmig! — das heißt mit Einschluß der tapferen englischen Friedensfreunde in der Arbeiterpartei und bei den Liberalen! Einstimmig! — das heißt, daß eine kleine Gruppe von Parlamentariern zwar eine energische Propaganda gegen die Erbschleifflane Lloyd Georges und für einen Verständigungsfrieden betreibt, daß sie es aber nicht für geraten hält, dem Lande die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu verweigern, obgleich dieser Krieg nach den letzten Beschlüssen des Pariser Kriegsrates für die Entente ein reiner Beutezug werden soll. Das wird bei der Entscheidung der Reichstagsfraktion nicht unbeachtet bleiben dürfen. Diese Entscheidung ist eine sehr schwere, vielleicht die schwerste im ganzen Kriege. Immerhin hoffen wir, daß die Fraktion einen Weg findet, der den Notwendigkeiten des Landes gerecht wird, der aber auch der Regierung zu erkennen gibt, daß sie auf die Zustimmung des Volkes nicht mehr rechnen kann, wenn sie den Verteidigungscharakter des Krieges aufhebt.“

Wir sind der Meinung, daß der Friedensvertrag mit Rußland von unserer Fraktion nicht genehmigt werden kann; einem Schwertfrieden kann sie unter keinen Umständen zustimmen. Wir vertonen aber auch nicht die üblen Folgen, die eine Ablehnung im Gefolge haben kann. Welche Kreise des Volkes, denen jeder Friedensschluß — einerlei, wie er aussieht — recht ist, würden nicht verstehen, wenn unsere Genossen im Reichstage gegen den Frieden — wie sie sagen würden — stimmen. Es sprechen auch noch andere wesentliche Gründe dagegen; deshalb würden wir bei dem Friedensvertrag mit Rußland Stimmhaltung empfehlen. In der Frage der Kreditbewilligung stehen wir allerdings noch auf dem alten Boden. Die kluge, klare Überlegung sagt uns trotz aller gegenteiligen Gefühlsregungen, daß solange uns noch im Westen ein Volk von Feinden gegenübersteht, mit im Interesse des deutschen Volkes für die Landesverteidigung einzutreten haben. Gewinnen können wir durch die Ablehnung absolut nichts; wir können aber viel, wenn nicht alles verlieren. Das gilt sowohl für den Kampf um die Herbeiführung des Friedens, als auch für die innerpolitischen Kämpfe um ein freieres Deutschland. Oder glaubt vielleicht jemand, durch die Verweigerung der Kriegscredite würde der Friede auch nur um eine Sekunde früher herbeigeführt oder z. B. in Preußen ein freieres Wahlrecht geschaffen werden? Das Gegenteil wäre der Fall! — Daß die schweren Bedenken, die wohl jeder Parteigenosse gegen die Bewilligung der Kriegscredite hat, zum Ausdruck gebracht werden müssen, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

### Aus Nah und Fern.

Ein Haushälter als Eindringler. Wie das Leipziger Postzeitung mitteilt, ist bei einem Einbruch ein im Ofen der Stadt Leipzig wohnender gutsituiertes, bisher unbefehltes Haushälter ertrapp worden, als er im Begriff war, einen Elektromotor und mehrere Treibriemen in den späten Abendstunden auf einem Wagen wegzufahren.

Der Mann im Bett erschlagen. Eine erschütternde Tragödie spielte sich in der Familie des Stellmachers Emil Jäger ab, der in Trotha i. S. wohnt. Nach schweren Ermüdungen mit seiner Ehefrau erschlug diese den im Bett schlafenden Mann mit einem Beil, indem sie ihm den Kopf zerschmetterte. Darauf ertränkte sich die Frau mit ihrem Kinde.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.